

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Der Kampf um die Wilhelmstraße
Hakenkreuz und Union-Jack
Görings Galeere
Ein böses Omen

Ruf zur Befreiung

Die »Frankfurter Zeitung« vom 4. April ist mit einem Leitartikel erschienen, auf den wir die allgemeine Aufmerksamkeit außerhalb von Deutschland lenken möchten. Er behandelt die Tatsache, daß im Deutschen Theater in Berlin stürmischer Beifall erklingt, wenn Marquis Posa in Schillers »Don Carlos« in die Worte ausbricht: »Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!« In demokratischen, selbst in scheindemokratischen Ländern Europas wird man mit Verwunderung lesen, daß Schillers »Don Carlos« 150 Jahre nach seiner Vollendung in Deutschland wieder unmittelbares politisches Leben gewinnt. Anders urteilt und fühlt über jene Stelle von der Gedankenfreiheit der Europäer, der im vollen und sicheren Besitz nicht nur der Gedankenfreiheit, sondern der politischen Freiheit lebt, anders der Deutsche, der die eine mit der anderen verloren hat! Was jenem abgeschlossene Erinnerung an einen vollendeten Kampf um eine große Idee ist, klingt diesem wie das Rauschen der Sturmflügel der Freiheit. Wenn diese Stelle Schillers in Deutschland im Theater wie in der Presse einen Aufschrei aus tiefster Gewissensnot hervorruft — wer fühlt dann nicht erschüttert, wie tief Deutschland gesunken ist?

Wir wünschten, daß dieser Aufsatz der »Frankfurter Zeitung« in ganz Europa denkend und prüfend gelesen würde. Unsere Verachtung für die gleichgeschaltete Presse ist bekannt. Wie sich hier der Geist unterwirft und demütigt vor der brutalen Gewalt des großen Verbrechertums — und dennoch Zeugnis abzulegen sucht für den Glanz der großen Idee, wie sich Unterwerfung und Trotz mischen, so daß in dieser Mischung das ganze Unglück Deutschlands sichtbar wird — das stellt notwendig neben diese Verachtung das tiefste Mitgefühl mit einem Volke, dem eine Stimme aus einem vorvergangenen Jahrhundert von der Schaubühne herab verkündet, was es verloren hat.

Wem liegen nicht bitterste Entgegnungen auf der Zunge, wenn er in dieser Zeitung, gerade in dieser Zeitung, das folgende liest:

»Jeder mag sich vorstellen, wie wenig rühmlich die Figur eines Mitbürgers wäre, der die Gelegenheit einer solchen Auf-führung benutzt, um im Dunkel des Parketts und der Ränge seinen möglichen Bitterkeiten gegenüber den Zeitläuften durch heftiges Klatschen Luft zu machen. Es ist das eine vermeintliche Art, Politik zu machen und läuft im Grunde auf eine Mischung von Ressentiment und Feigheit hinaus, mit der man wenig zu tun haben möchte. Uebrigens — dies sei nur angemerkt —, es fehlt auch nicht an Leuten, die glauben, sie verhielten sich politisch, wenn sie in vertrauter Zuhörerschaft politische Witze verbreiten. Ihr Gelächter klingt so schlecht in unseren Ohren, wie der Beifall jener Dunkelkammer im Parkett... Aber die Zeit müßte gründlich vorüber sein, wo einer anstatt Politik zu machen ins Theater geht.«

Politik machen in Deutschland, anstatt seiner Bitternis im Theater Luft zu machen? Sprechen wir doch von Diogen, die brutaler und körperlicher sind als die Worte einer Dichtung und die moralischen Betrachtungen einer Zeitung, un-menschlicher als der Schuß, der die Stimme des Marquis Posa verstummen läßt! Sprechen wir von den Todesopfern, die im Lande Adolf Hitlers für die Gedankenfreiheit gefallen

Demokratie und Arbeiterschaft

Die Lage der arbeitenden Klassen in der Hochkonjunktur

Die Hochkonjunktur in der Welt nimmt ununterbrochen und in vielen Ländern in noch beschleunigterem Tempo ihren Fortgang. Nach der Statistik des Völkerbundes haben alle Länder, für die man über die geeigneten Indices verfügt, ihre industrielle Tätigkeit 1936 gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Diese Vermehrung beträgt zum Beispiel in Rußland 30 und in den Vereinigten Staaten 16 Prozent, aber auch in Frankreich, das bis zum Oktober am alten Goldstandard festgehalten hatte, 5 Prozent. In einem großen Teil der Länder hat die industrielle Beschäftigung bereits 1936 den früheren Höchststand von 1929 über-troffen; läßt man Rußland mit seinen besonderen Verhältnissen beiseite — die russische Industrieproduktion soll sich seit 1928 verdreifacht haben, so verzeichnen Japan eine Vermehrung um 65 Prozent, Dänemark und Schweden von 31 bis 35 Prozent, England und Norwegen von 23 bis 30 Prozent und Deutschland um 10 Prozent. Die Vereinigten Staaten erreichten oder überflügeln im Dezember 1936 ebenfalls den Stand und seitdem hat sich ihr Aufstieg sehr rasch fortgesetzt. Die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie hat im ersten Quartal 1937 einen noch nie dagewesenen Rekord erreicht, und Hundertdollar-millionenbeträge werden in die Erweiterung und Neuerrichtung der Werke investiert.

Noch vor wenigen Monaten ging die Lehre von der »letzten Krise des Kapitalismus« um oder wenigstens die Anschauung von der »Langen Welle der Depression«, und die wenigen Gegner der Zusammenbruchstheorie hatten einen schweren Stand. Beschäftigten sich die Regierungen noch vor kurzem mit allen möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, so werden heute in England, in Schweden und in den Vereinigten Staaten mit steigendem Eifer die Mittel beraten, die den Ueberschlag der Hochkonjunktur in den »Boom« und damit, wie man ver-

meint, in die dann folgende Krise verhindern sollen. Ein völliger Umschlag der Psychologie ist eingetreten.

Bis vor wenigen Monaten konnte noch die Ansicht vertreten werden, daß gewisse Industrien unheilbar überexpandiert und auf Staatssubvention angewiesen seien, zum Beispiel die Eisen- und die Kohlenindustrie. Heute sind die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Ueberkapazitäten nicht nur restlos resorbiert, sondern die Eisenknappheit wird immer stärker und droht in manchen Ländern zu einer Hemmung des weiteren Industrieanstiegs zu werden. Gewaltig, wie nie zuvor, war der Rückgang der Industriebeschäftigung in der letzten Wirtschaftskrise, aber auch besonders groß der Aufstieg. Die Rohstoffherzeugung der beiden größten europäischen Produzenten ist nach einer Angabe der »Frankfurter Zeitung« von dem Tiefpunkt im Jahre 1932 bis 1936 um nicht weniger als 147 Prozent angestiegen. Das ist eine Steigerung, die das Mehrfache der Schwankungen ausmacht, die in früheren Konjunkturzyklen aufgetreten sind. Blicke die Weltgewinnung an Roheisen mit 91.2 Millionen Tonnen 1936 nur noch wenig hinter der von 1929 mit 98.8 Millionen Tonnen zurück, und übertraf die Rohstahlproduktion mit 124 Millionen Tonnen schon die 122 Millionen des Jahres 1929 um ein Geringes, so wird in diesem Jahre der je erreichte Höchststand noch übergipfelt werden. Aber auch die Kohle, die infolge der Fortschritte der Wärmetechnik, des Uebergangs zur Oelfeuerung, der stärkeren Ausnutzung der Wasserkräfte sehr lange zurückgeblieben war, ist im Begriff das Versäumte nachzuholen und den Stand von 1929 zu erreichen.

Diese wenigen Angaben, auf die wir uns beschränken müssen, verdeutlichen bereits, wie groß die Ausschläge zwischen Depression und Hochkonjunktur in der gegenwärtigen Phase geworden sind. Wie

sich die Tiefe der letzten Krise nur erklären läßt, wenn man sie als Liquidationskrise des Krieges und seiner außerökonomischen Gewalt begreift, so ist auch der Aufstieg in seiner diesmaligen Eigenart vielfach durch die außerökonomischen Eingriffe der Staatsgewalt und gegenwärtig durch die Aufrüstung beeinflusst. Wie ist es nun in so wechselvoller Zeit dem Arbeiter ergangen?

In der Krise litt die Arbeiterschaft furchtbar unter der Arbeitslosigkeit, ein schreckliches Geschick für die Betroffenen und eine deprimierende Drohung für die noch Beschäftigten. Auch daß die Arbeiterschaft nach dem Kriege in den fortgeschrittenen Staaten zum erstenmal den Rechtsanspruch auf Unterstützung erstritten hatte, ein Anspruch, der sich auch seit dem Amtsantritt Roosevelts in den Vereinigten Staaten durchsetzte, konnte an der niederdrückenden psychologischen Wirkung der anscheinend unhemmbaren Arbeitslosigkeit nichts Wesentliches ändern. Wie gestaltete sich jedoch das Los der Beschäftigten während der Krise? Wir wissen, daß frühere Depressionen verbunden waren mit starken Senkungen der Nominallöhne, die so weit gingen, daß sie auch Senkungen der Reallohn trotz der gleichzeitig eingetretenen Preisrückgänge mit sich brachten. So unvollständig auch die Statistiken über Lebenshaltungskosten und namentlich über die Löhne sind, so besteht kaum ein Zweifel, daß in den wichtigen Industrieländern, in Schweden, England und den Vereinigten Staaten, die Reallohn trotz der schweren Krise nicht gefallen, in England und Schweden sogar gestiegen sind. Das war zum Teil eine Folge des starken Preisrückgangs für die wichtigsten Verbrauchsartikel namentlich in England, zum anderen und entscheidendem Teil aber die Folge der Stärke der Organisationen und des politischen Einflusses der Arbeiterschaft in den demokratischen Ländern. Denn im

sind, von ihren mißhandelten, zerschlagenen, geschändeten Körpern, von den Striemen, den Blutschwären, den Wunden, von den aufgefleischten und den gebeugten Rücken, von den Knuten und den Knüppeln und den Messern der Mörder, von den Schreien der Gefolterten. O, eine grauenhafte Wirklichkeit, schlimmer als ein höllischer Traum, von der sich Europa abwendet wie vor dem Haupt der Medusa! Das ist es, was ein ganzes Volk in die Feigheit drängt.

»Doch der Weg vom reinen Gefühl zur sauberen Tat«, — so lesen wir weiter, — »der Weg vom Ideal zur Wirklichkeit bleibt immer vom neuen zu gehen und ist immer von neuem voll Steine und Dornen.« Der Weg von der Forderung der Gedankenfreiheit zur Verwirklichung der Freiheit, so übersetzen wir, geht durch die Kerker des Systems. Und hier fragen wir: wem ziemt es, von der Feigheit der Dunkelkammer, von der Seichtigkeit und Würdelosigkeit des Politikersatzes in Deutschland zu reden? Ziemt es den Freunden der Mächtigen, ziemt es jenen, die Politik auch außerhalb des Theaters machen können, weil sie die befohlene Politik betreiben? Der Vorwurf der Feigheit erfordert eigenes mannhaftes Bekenntnis — und dies Bekenntnis kann in Deutschland nur eines sein —

Aus diesem Aufsatz der gleichgeschalteten Zeitung, aus dem vorsichtigen Tasten, Zurückhalten und wieder Verschleiern ringt sich ein Bekenntnis hervor wie eine Besinnung auf eine edlere und reinere Geisterwelt in der Erinnerung an den Geist Schillers, den Geist der Aufklärung, an die Menschheitsideale des 18. Jahrhunderts:

»Aber daß dieser Geist am Himmel Deutschlands eine einzige ununterbrochene Linie sternengleich gezogen hat, und daß in diesem Zeichen für immer die Würde des Menschen steht, auf Gewissen und Freiheit gleichermaßen sich gründend, auch daran kann niemand rütteln.«

Das ist, wie die Dinge heute in Deutschland liegen, ein Satz, der eine revolutionäre Verpflichtung in sich birgt. Die Würde des Menschen, auf Gewissen und Freiheit sich gründend, muß in Deutschland wieder erobert werden im Kampfe gegen ein System, das sie mit Füßen getreten hat.

Denn in Deutschland echte Politik treiben, in Freiheit der Stimme des eigenen Gewissens und nicht dem Befehle der Mächtigen folgend, heißt gegen das Gesetz des Systems handeln. Die freie politische Meinungsäußerung, sei sie nun positives Bekenntnis oder Kritik an der Politik der Mächtigen, ist in Deutschland

ein strafwürdiges, durch Gesetz und Polizei verfolgtes Verbrechen. Hier das Gesetz eines unsittlichen Systems — dort Würde und Freiheit und Gewissen des Menschen:

Wer die Idee der Freiheit anruft, die

ewigen Rechte,
die droben hangen unveräußerlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst,
wer sie anruft, ohne zugleich den Kampf, den unbedingten, kompromißlosen Kampf um sie zu beschließen, der lästert sie nur!

Wie aus den Werken ihrer Klassiker weht den Deutschen das Flügelrauschen der Freiheit entgegen, ihr besseres Selbst erhebt sich daran in der Ahnung kommender Befreiung, und eine Zeitung in Deutschland, eine gleichgeschaltete Zeitung, eine Zeitung, auf die die Aufrechten mit Verachtung schauen, sollte ihnen Mangel an Unbedingtheit, Mangel an kämpferischem Mut vorwerfen dürfen?

Wer Freiheit in Deutschland sagt, sagt Kampf — unbedingten, unver-söhnlichen Kampf, Kampf, wie wir ihn führen!

Wert der Arbeitskraft ist, wie Marx gegenüber dem »ehernen Lohngesetz« geltend gemacht hatte, stets ein »moralisches Element« enthalten; das heißt der Lohn wird nicht nur bestimmt durch die zur Erhaltung der Arbeitskraft unbedingt notwendigen Lebensmittel, sondern auch durch die Ansprüche, die die Arbeiter an einen gewissen Stand ihrer Lebenshaltung stellen; die Durchsetzung aber hängt in erster Linie von ihrem politischen Einfluß ab und nie ist das sichtbar als heute: Beständiger Druck auf die Lebenshaltung und Sinken der Reallohne in Deutschland und Italien, rascher Aufstieg in den demokratischen Ländern.

Denn mit der fortschreitenden Prosperität hat überall, mit Ausnahme von Deutschland und Italien, eine bedeutende Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt. Ihr enger Zusammenhang mit der politischen Stärke der Arbeiterschaft offenbarte sich am stärksten in Frankreich, das die Regierung Blum zur selben Zeit an einen ersten Platz des sozialpolitischen Fortschritts gebracht hat, in der Hitler und Mussolini alle Errungenschaften der Arbeiter unter ihren Füßen zertrampelt haben. Daß die Lebenshaltung der schwedischen Arbeiterschaft heute höher als zuvor und wohl die beste in Europa ist, haben wir hier schon früher gezeigt. Heute möchten wir einige Angaben über die amerikanische Entwicklung hinzufügen. Der politische Einfluß der Arbeiterschaft unter Roosevelt ist namentlich seit der letzten Wahl gewachsen und ebenso die Macht ihrer gewerkschaftlichen Organisation seit dem Erstarken der Industriegewerkschaften unter Führung von Lewis. Die Aenderung der Arbeitsbedingungen vollzieht sich meist in doppelter Weise: einmal Erhöhung der Stundenlöhne und zweitens Verkürzung der Arbeitszeit, meist Einführung der 40-Stundenwoche. Die Erhöhung der Stundenlöhne betrifft zu einem großen Teil die ungelerten, von den bisherigen Rumpfgewerkschaften vernachlässigten Arbeiter. So wurde bei der großen Automobilfabrik, General Motors Corporation, ein Minimal-Stundenlohn von 75 Cents durchgesetzt und für die Stahlindustrie ein Minimaltaglohn für 8 Stunden von 5 Dollar. (Man muß den Dollar mindestens mit 3 multiplizieren, wenn man seine Kaufkraft in heutiger Reichsmark ungefähr erhalten will.) In der New Yorker Bauindustrie ist die 30-Stundenwoche — fünf 6-Stundentage — durchgesetzt worden; Ueberstunden müssen mit dem Eineinhalbfachen bezahlt werden. Die Bewegung ist noch im Fluß und der Erhöhung der Löhne für die Ungelernten folgt bald auch eine Erhöhung für die qualifizierten Arbeiter und Angestellten. Der New Yorker Korrespondent des »Economist« schätzt die Zunahme der Löhne in den letzten vier Monaten auf annähernd 20 Prozent. Die unterdessen eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten bleibt dahinter stark zurück. Etwas langsamer, aber nicht minder stetig geht die Lohnerhöhung in England vor sich.

So unvollständig das Bild ist — die Lohnstatistiken sind lückenhaft und zusammenfassende Darstellungen hinken sehr lange hinter den Ereignissen her — so zeigt es doch mit krasser Eindringlichkeit den Unterschied zwischen den Fortschritten einer stark organisierten Arbeiterschaft mit politischer Macht in der Demokratie und den Niedergang der entrechteten Massen in den Ländern der Diktatur.

Dr. Richard Kern.

Vor fünf Jahren

Hindenburgwahl und SA-Verbot.

Der April vor fünf Jahren war ein ereignisreicher Monat. Am 10. April unterlag Hitler bei der Volkswahl des Reichstagspräsidenten mit 13,4 gegen 23,3 Millionen Stimmen, von denen 19,6 auf Hindenburg, 3,7 auf Thälmann entfielen. Vor die Frage gestellt, ob es von Hitler regiert werden wolle, hatte das deutsche Volk mit nahezu Zweidrittelmehrheit Nein gesagt. Drei Tage später verbot General Groener, Reichswehr- und Innenminister im Kabinett Brüning, die SA und die SS. Letzte Ursache war eine Rede Hitlers in Lauenburg, in der er erklärt hatte, daß es nicht die Aufgabe seiner Gefolgschaft sei, den gegenwärtigen Staat nach außen zu verteidigen und ein aufgebundener Befehl an die SA, beim Einmarsch polnischer Truppen den Rückzug anzutreten.

Der 13. April hätte der Rettungstag der Republik werden können ohne den Unfall Schleichers. Schleicher hatte zuerst zum Verbot der SA und der SS getrieben —

kaum aber war er erlassen, so hatte er sich schon anders besonnen. Er mobilisierte die Generalität und Hindenburg gegen das Verbot und gegen seinen Chef und Wohltäter Groener. Sechs Wochen später war die Regierung Brüning gestürzt, und das Abenteuer Papen begann.

Von den Hauptakteuren des April dramas von 1932 sind vier tot: Hindenburg, dessen moralischer Absturz damals mit dem Zurückweichen vom Verbot begann, Schleicher, der von der SA und SS am 30. Juni 1934 blutigen Dank erhielt, sowie Gregor Strasser, der brutale Gegner Groeners in der Reichstagsdebatte vom 9. Mai, und Hauptmann Röhm, der Stabschef der SA. Brüning ist Emigrant, Groener lebt in stiller Zurückgezogenheit in Deutschland.

Damals, als Hitler schwer geschlagen und sein Machtinstrument zertrümmert war, mögen wenige die spätere Entwicklung auch nur geahnt haben. Fünf ereignisreiche Jahre liegen seitdem hinter uns, es ist wahrscheinlich, daß die kommenden nicht weniger stürmisch sein werden. Die Dinge entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit, Hitlers Niederlage vor fünf Jahren wird nicht seine letzte gewesen sein.

Ein edler Mensch tot

Im Memoriam F. X. Salda.

Er war einer der Großen aus den Reihen des tschechischen Volkes, das einmal stolz darauf sein kann, im ersten Menschenalter seiner wiedererrungenen Freiheit die wirklich Weisen, die großen Denker und guten Menschen, an seine Spitze gestellt und auf ihre Stimme gehört zu haben.

Er war einer von dem hohen Rang der Masaryk-Beneš, wenn er auch kein Politiker war, sondern »nur« ein Aesthet, ein Ethiker und — schlimmer als das — ein kämpferischer Journalist.

Er war ein Mann, der sich zeitliebens bemühte, allem geistigen Autarkiewahn zum Trotz, die Brücken zwischen dem tschechischen Denken und den großen Ideenwelten des Westens zu schlagen, ein Mittler der weltbewegenden Strömungen in Dichtung, Philosophie und Ethik.

Und doch war er (anders als wir es im deutschen Geistesbereich des letzten Jahrhunderts immer wieder erlebt haben) kein bloßer Genießer im Elfenbeinturm der eigenen Ideen, kein verspielter, weltfremder Aesthet, sondern ein tatkräftiger Erzieher seines Volkes: im »Saldov zapsnik«, im »Tagebuch Saldas«, nahm er mit ätzender Kritik gegen jede Form von Krähwinkelerei in tschechischen Geistesleben Stellung.

Das und noch vieles mehr wäre zur Bedeutung dieses geistig überreichen Mannes,

de auch ein schöpferischer Dichter war, zu sagen. Aber was uns die Feder in die Hand drückt, ist doch nur eine ganz kleine »Nebensache« aus seinem Leben. Als nämlich im Jahre 1933 der Strom deutscher Flüchtlinge sich über die Grenzen des Dritten Reiches ergoß, da stellte er, F. X. Salda, Professor der Karls-Universität, repräsentativer Vertreter der Geistigkeit seines Landes, sich an die Spitze einer Gruppe von Menschen, die die schwere Aufgabe auf sich nahmen, ein Hilfskomitee zur Unterstützung dieser deutschen Emigranten zu bilden.

Es trägt seinen Namen »Salda-Komitee« und kündigt nun über seinen Tod hinaus, was doch das größte an dem Mann war, um den sich nun die Fahnen auf Halbmast senken: daß er ein guter, ein edler Mensch war. — e.

Staatsgefährliche Frauen und Kinder

Das System hat abermals 36 Familienangehörige von deutschen Oppositionellen ausgebürgert. Es handelt sich um folgende Familien:

Apfel, Brecht, Budzislowski, Einstein, Frank, Grzesinsky, Halfter, Herzfeld, Klotz, Langhoff, von Löwenstein-Scharffneck, Menne, Nicolas, Remmele, Seger, Schiff, Schwarzschild, Strasser, Vogel, Weis.

Der jüngste Ausgebürgerte, Stefan Brecht, ist 2½ Jahre (zweieinhalb) Jahre alt.

Wieder vier

Die »Preußische Zeitung«, Königsberg, berichtet in ihrer Nummer 85 über eine Trauerfeier für vier verunglückte Parteigenossen:

»Gaubmann Duschön tritt als erster vor, um die letzten Worte an seine Mitarbeiter zu richten. »Ihr habt einen Tod gefunden«, sagte der Gaubmann, »wie ein echter Nationalsozialist ihn sich wünscht, den Tod mitten im Kampf. Vorkämpfer im Ermland seid ihr gewesen, am Todestage noch habt ihr gegen die gekämpft, die den Nationalsozialismus immer noch nicht begreifen wollen. Das letzte aber habt ihr für die Bewegung und den Führer gegeben, das Leben. Ihr seid Blutzengen der Bewegung geworden und wir richten uns an eurem Opfer auf...«

Ueber die Art des »Unfalls« wurde während der ganzen Veranstaltung nichts ausgesagt. Aber die zitierte Rede ist eindeutig genug.

Wofür es Gefängnisse gibt

Das »Stuttgarter Neue Tagblatt« Nr. 21 berichtete:

»Ein Urteil von großer grundsätzlicher Bedeutung ist von der Großen Strafkammer Hannover gefällt worden. Die Kammer verurteilte eine ledige Mutter, die sich ent-

schieden weigerte, den Vater ihres am 24. September 1935 geborenen Töchterchens zu nennen, zu 14 Tagen Gefängnis. Im Interesse der Reinhaltung der Rasse und des Blutes ist es, wie das Gericht in seiner Urteilsbegründung ausführte, entgegen den früheren Gepflogenheiten unbedingt erforderlich, daß der Vater des unehelichen Kindes von der Mutter angegeben wird...«

So ergibt sich aus der Rassegesetzgebung der Dritten Reiches ein Irrsinnurteil nach dem anderen, die deutschen Gefängnisse füllen sich mit hochachtbaren Menschen, und die Achtung, die der deutsche Richterstand ehemals genoß, bekommt noch im Grabe täglich einen Fußtritt.

„Alter Kämpfer durch ‚Bescheidenheit‘ gestürzt“

In der ersten Zeit der Machtübernahme durch Hitler war der SA-Mann Morozinek in Schomberg bei Beuthen ein eifriger Prediger deutscher Bescheidenheit, die allein wieder das Dritte Reich hoch bringen könne. Er brachte es als einer der besten Agitatoren im ober-schlesischen Industriegebiet erst zum Obersturmbannführer und später zum Bürgermeister von Schomberg. Und da fing auch das Unglück an. Die so oft vertretene »Bescheidenheit« endete in einer Vierzimmerwohnung mit sehr kostspieligem Komfort, der natürlich aus der Gemeindegasse gedeckt wurde. Dazu kam der Trieb nach Frauen und Mädchen, die wegen Mangels an flüssigen Geldern durch den »Herrn Oberbürgermeister« in der Wohlfahrtsfürsorge untergebracht wurden und neben den Gehältern als Angestellte auch noch auf Kosten der Wohlfahrt eine Nebeneinnahme bezogen. Doch das Unglück wollte es, daß anderen Nazis die Sache nicht gefiel, und eine Kasenrevision förderte ein einseitiges Defizit von nahezu 15.000 Mark an den Tag.

»Stürmere in Amerika. Um dem deutsch-amerikanischen Lesepublikum zu zeigen, auf welches moralische Niveau das Hitlerreich herabgekommen ist, druckte die »New Yorker Volkszeitung« neulich eine Stürmerkarikatur ab. Darauf erhielt der Verleger der Zeitung von der Postverwaltung die Mitteilung, daß die betreffende Nummer wegen ihres pornographischen Inhalts vom Postversand ausgeschlossen sei.

Kleine Aufmerksamkeit. Wie das amtliche ungarische Telegraphen- und Korrespondenzbüro mitteilt, hat der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler dem Reichsverweser v. Horthy ein Prachtstück der deutschen Automobilindustrie, ein für die Berliner Internationale Automobil-Ausstellung angefertiges achtzylindriges, 200 PS starkes dunkelgrünes Mercedes-Benz-Cabriolet zum Geschenk gemacht.

Ein böses Omen

Die deutsche und die italienische Politik rennt weiter haßerfüllt gegen den Gedanken der kollektiven Sicherheit und den Völkerbund an. Während die Diplomaten an der Zerstörung des internationalen Rechts arbeiten, begleitet die gleichgeschaltete Presse beider Länder ihre Arbeit mit einem Geheul, in dem sich Lüge und Haß mischen. Sie benutzt dazu die spanische Angelegenheit und den Fall Jugoslawien.

Die spanische Regierung hat an den Nichtinterventionsausschuß eine Note gerichtet, in der sie ganz einfach feststellt, was ist. Sie hat die diplomatischen Fiktionen zerrissen und Beweise dafür vorgelegt, daß Italien in Spanien offen als kriegführende Macht aufgetreten ist. Die gleichgeschaltete deutsche Presse nennt diese Note eine Provokation, eine Demonstration mit der Absicht, die europäische Einigung zu zersprengen. Die europäische Einigung, so wie die gleichgeschaltete Presse sie auf Befehl versteht, besteht in der Verneinung und Zerreißung des Rechts, sie läuft auf eine Einigung unter Banditen hinaus. Indessen veruraten diese Ausbrüche, daß die Diktaturen nichts so sehr fürchten wie eine Reaktivierung des Völkerbunds, von der eine Renaissance des internationalen Rechtsempfindens ausgehen könnte. Solange nicht der letzte Funke von Rechtsgefühl in Europa ausgelöscht ist, solange wird auch der Völkerbund nicht endgültig tot sein.

Dennoch ist der Völkerbund krank, sehr krank. Die Krankheit besteht darin, daß die Regierungen großer und kleiner Länder in Europa sich in der Idee und in ihren Handlungen immer weiter von der Idee der kollektiven Sicherheit entfernen. Nach dem Falle Belgien ist der Fall Jugoslawien ein trauriger Beweis dafür, Jugoslawien ist ein Glied der Kleinen Entente, einer politischen Organisation, die mit der Preis-

gabe der Idee der kollektiven Sicherheit ihren Existenzgrund verlieren würde. Seit Monaten ist hier ein Aufweichungsprozeß im Gange, der von Deutschland und Italien künstlich gefördert wird, teils mit Drohungen, teils mit wirtschaftlichen Lockungen. Jugoslawien hat im vergangenen Jahre sich handelspolitisch außerordentlich stark an Deutschland gebunden. Die Enttäuschung ist nicht ausgeblieben. Jetzt wird diese Bindung durch eine neue, nahezu gleichstarke handelspolitische Bindung an Italien ersetzt. Hand in Hand mit diesen handelspolitischen Manövern geht eine Zerstörung des bisherigen Vertragsrechts. Jugoslawien hat rasch hintereinander zwei bilaterale Verträge abgeschlossen. Wenn auch der Rest der Kleinen Entente diese Verträge zur Kenntnis genommen und in der Sache gebilligt hat, so läßt sich dennoch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Verhandlung und der Abschluß dieser Verträge mit dem Sinn und dem Wortlaut des Organisationspaktes der Kleinen Entente unvereinbar ist. Ganz abgesehen davon, daß der überstürzte Abschluß des Vertrages mit Italien, die überstürzte Ratifizierung unter Ausschaltung des jugoslawischen Parlaments gegen eine starke innere Opposition schwer verdächtig ist. So entsteht neben dem System der Kleinen Entente, diesem Regionalpakt im Geiste der kollektiven Sicherheit, ein Gemenge von bilateralen Verträgen, das den politischen Konzeptionen der Diktaturländer, der »revisionistischen« Mächte entspricht. Diese Vertragsinflation bedeutet nicht zusätzliche Sicherheit, sondern wachsende Unsicherheit, weil sie auf einem Nachgeben gegenüber jenen Mächten beruht, die durch Zerstörung der kollektiven Sicherheit Bewegungsfreiheit für machtpolitische Experimente gewinnen wollen. Welcher von den Pakten wird am Ende gelten?

Dieser italienisch-jugoslawische Vertrag

ist in der Sache ein Schlag gegen den Völkerbund. Er enthält die Anerkennung der Souveränität Italiens in Abessinien. Daß es ausgerechnet ein Staat der Kleinen Entente ist, der mit der Anerkennung eines groben Rechtsbruchs, mit der Kapitulation vor der These »Gewalt geht vor Recht« den Völkerbundstaaten vorangeht, begründet eine tragische Schuld, die sich eines Tages furchtbar rächen kann.

Die Dinge um das italienisch-jugoslawische Produkt der Geheimdiplomatie innerhalb des Völkerbunds sind noch keineswegs durchsichtig. Es liegen sehr bestimmte Aussagen darüber vor, daß Deutschland und Italien Mitteleuropa in Interessensphären aufgeteilt hätten, und daß Jugoslawien dabei der italienischen Interessensphäre zugeteilt worden sei, während Deutschland freie Hand zu stärkerer Einwirkung auf die Tschecoslowakei erhalten habe. Diese Behauptungen schon lassen erkennen, wie stark die Atmosphäre der allgemeinen Unsicherheit in diesem Teile Europas um sich greift.

Ob Verträge wie der italienisch-jugoslawische die Mächtegegend verändern, und zu wessen Gunsten, ist eine offene Frage. Fest steht jedenfalls, daß sie unvereinbar sind mit der Idee der kollektiven Sicherheit. Diese Idee zielt auf Kriegsverhinderung ab, während der italienisch-jugoslawische Vertrag unzweifelhaft zu jener Gattung von Verträgen gehört, mit denen einzelne Länder glauben, sich günstigere Bedingungen und Manövrierfähigkeit schaffen zu können für einen Kriegsfall. Darüber ist keinerlei Diskussion mehr nötig; denn die Diktaturländer haben dafür gesorgt, daß der Charakter der von ihnen gewünschten bilateralen Verträge im Gegensatz zu Regionalverträgen genügend klar gestellt worden ist.

Dieser italienisch-jugoslawische Vertrag ist deshalb ein böses Omen — und gerade deshalb ist die gleichgeschaltete Presse in Deutschland und Italien mit ihm so außerordentlich zufrieden.

Hakenkreuz und Union Jack

England — Indien — Südafrika

Mit ungläubigem Staunen vernahmen die Bewohner des Dritten Reiches, daß eine Vorlage der englischen Regierung, die die Gehälter der Minister neu regelt, auch den »leader of opposition«, den Führer der Opposition, mit einem Jahresgehalt von 2000 Pfund ausstatten will. Ein Mann, der nach hitlerdeutschen Begriffen lebenslanglich im Konzentrationslager gehalten werden muß — wenn er nicht gleich erschossen wird — gilt jenseits der Nordsee als eine offizielle mit staatlichen Mitteln auszustattende Persönlichkeit! So verschieden voneinander sind die politischen Systeme zweier Länder, die nur ein paar Flugstunden voneinander entfernt und — trotz »Antarctide« — auf engen Verkehr miteinander angewiesen sind. Ist ein solches Nebeneinander möglich, ohne daß es zum Gegeneinander wird?

Indien hat eine Verfassung erhalten, die von der indischen Kongreßpartei, der legitimen Vertretung der indischen Völker verworfen wird. Diese Verfassung verfolgt das Ziel der Umgestaltung Indiens aus einer Kolonie zu einem gleichberechtigten Glied des britischen Reiches. Sie verleihet den einzelnen Provinzen des ungeheuren Landes eine auf demokratischen Prinzipien beruhende Selbstverwaltung und weitgehende bürgerliche Freiheitsrechte. Allerdings sieht sie auch in lebenswichtigen Fragen ein Vetorecht des englischen Gouverneurs vor und dieses Vetorecht ist es, daß von der Kongreßpartei auf das heftigste bekämpft wird. Ob die Kongreßpartei damit recht hat oder ob es nicht klüger wäre, die vom Gegner freiwillig geräumten Positionen zu besetzen, um von da aus weiter vorzustößen, das zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe. Wir sehen nur, daß die von der konservativen englischen Regierung ausgearbeitete Verfassung den zu 90 Prozent noch des Lesens und Schreibens unkundigen Indern Rechte einräumt, von denen ein Deutscher heute kaum zu träumen wagt.

Die Regierung der Südafrikanischen Union hat eine Proklamation erlassen, nach der in Zukunft sich auf ihrem Gebiet nur britische Untertanen politisch betätigen dürfen und ein anderes Treuegelöbnis als das auf den König von England unzulässig ist. Die Proklamation richtet sich gegen das Treiben der Nazi im südwestafrikanischen Mandatsgebiet, gegen Geheimbündelei mit Treuegelöbnissen für den Führer, gegen die Flüsterpropaganda, die eine baldige Losreißung des Landes von der Union voraussagt. Soweit die Proklamation den deutschen Bewohnern des Unionsgebiets Ungelegenheiten bringt, ist sie durchaus auf die Aufhetzung, die von Berlin her betrieben wird, zurückzuführen. Die Hitlerregierung ist ab schon deshalb zu allerletzt berechtigt, so wie sie es getan hat, in Pretoria Protest zu erheben, weil auch nach Durchführung der Regierungsproklamation der Deutsche in Südwest viel freier sein wird, als er es heute in Deutschland ist. Das betont auch mit aller Schärfe das Organ der Labour Party, der »Daily Herald«, der zwar von der Proklamation nicht restlos begeistert ist, andererseits aber mit aller Schärfe erklärt:

»Die Nazi können vernünftigerweise keine Beschwerden erheben über autoritäre Maßnahmen oder über eine Beschränkung der Freiheit jener Volksteile, die der Regierung als Opposition gegenüberstehen. Sie haben kein Recht, Gericht zu halten, es sei denn, sie wären bereit, während sie den General Hertzog anklagen, auch Hitler zu verurteilen.«

Der »Daily Herald« übt dann Kritik an den Maßnahmen der Unionsregierung, weil sie ihm zu »nazistisch« sind. Der deutsche Rundfunk hat die Schamlosigkeit gehabt, den »Daily Herald« als Schwurzeugen für die Hitlerregierung anzuführen, natürlich ohne mit einem einzigen Wort zu verraten, was er wirklich schreibt.

Zwischen England und dem Dritten Reich gibt es keine Möglichkeit des Verstehens. Es ist ein Gegensatz wie zwischen Feuer und Wasser, man könnte auch sagen, wie zwischen Sauberkeit und Dreck.

SS an den Grenzen. Staatssekretär Reinhardt hat mitgeteilt, daß eine erhebliche Verstärkung des Grenzaufsichtspersonals beabsichtigt sei. Ein »Generalinspekteur des Zollgrenzschutzes« soll an seine Spitze treten. Jeder Zollbeamte müßte einer Gliederung der NSDAP, möglichst der SS, angehören.

Uneinigkeit über Brasilien

Die Pflucherei der NSDAP im Ausland

m. n. Rio de Janeiro, Mitte März.

Der Landesleiter der nationalsozialistischen Organisation in Brasilien, der SS-Führer Hans Henning von Cossel, hat sich fast sechs Monate im Dritten Reich aufgehalten. Seine Mission war, mit der Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg, aber auch mit Rudolf Heß und, in einem Falle, mit dem »Führer« höchstpersönlich zu einer Einigung über die künftige Politik der NSDAP in Brasilien und der Taktik in Sachen der Deutschbrasilianer zu gelangen. Zu einer solchen Einigung ist es jedoch nicht gekommen, weil die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der verschiedenen Ämter der NSDAP über diese Fragen unüberbrückbar zu sein scheinen. Die Schwierigkeiten werden für die NSDAP aber auch deswegen immer größer, weil die Deutschbrasilianer selbst keinesfalls unter einen Hut zu bringen sind und zum Großteil den nationalsozialistischen Plänen mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen.

Bis vor einiger Zeit setzte die NSDAP alles auf den Sieg der (faschistischen) integralistischen Bewegung und veranlaßte sowohl das Außenpolitische Amt der NSDAP, wie das Reichspropagandaministerium, der Integralistischen Aktion mit Geldmitteln kräftig unter die Arme zu greifen. Sie setzte auch durch, daß die hiesigen deutschen Banken und Handelsfirmen den Integralisten reichliche Unterstützung angedeihen ließen und vermittelte selbst zahlreiche (sehr dunkle!) Waffengeschäfte zwischen dem Dritten Reich und den brasilianischen Faschisten. Die NSDAP förderte die Integralisten, obwohl ihr bekannt war, daß ein Sieg des Integralismus unfehlbar eine Unterdrückung des deutschen Schulwesens in den brasilianischen Südstaaten mit sich bringen würde. Sie tat das, obwohl ihr klar war, daß die Macht ergreifung des Führers der brasilianischen Integralisten, des Herrn Plinio Salgado, zu einer zwangswweisen »Nationalisierung« der deutschbrasilianischen Siedlungen in Rio Grande do Sul und Santa Catharina führen müßte. Mit der Feststellung, daß schließlich auch der »Führer« auf die Südtiroler aus höheren außenpolitischen Rücksichten Verzicht geleistet habe, wurde diese Taktik verteidigt. Immer wieder wurde gegenüber kritischen Einwürfen erklärt, daß die deut-

schen Nationalsozialisten ein starkes Brasilien einem »liberalistischen« selbst dann vorzögen, wenn das faschistische Brasilien die deutschen Siedlungen und die deutsche Vereinstätigkeit wenig gütlich behandeln würde. In einem von der NSDAP inspirierten programmatischen Artikel in der integralistischen »Offensiva«, dem offiziellen Organ von Plinio Salgado, wurde versichert, die Deutschbrasilianer würden selbst dann den Integralismus unterstützen, »wenn im integralistischen Staat deutsche Kreise, Schulen usw. verboten würden.«

Diese Haltung der nationalsozialistischen Auslandsorganisation hat selbst innerhalb jener deutschbrasilianischer Gruppen Empörung erregt, die sonst mit der NSDAP sympathisieren. Dieser Unwillen kam seinerzeit zum Ausdruck in einer in der Ludendorffschen Monatsschrift veröffentlichten Zuschrift eines Nazi-Funktionärs aus Südbrazilien. In der letzten Zeit hat die Ansicht, man müsse von den Integralisten abrücken, innerhalb der Auslandsorganisation der NSDAP an Boden gewonnen, während das Außenpolitische Amt der Hitler-Partei nach wie vor auf den Sieg der Integralisten hofft und darum meint, die großen Gesichtspunkte der deutschen Außenpolitik seien wichtiger als das, was die »Spießbürger in Porto Alegre und Blumenau unter Volkstumspolitik verstehen.«

In dem Organ des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, »Der Auslandsdeutsche«, ist nun kürzlich ein Artikel erschienen, der den Standpunkt der Auslandsorganisation der NSDAP klarlegt und sich dabei in vollem Widerspruch zu dem des Außenpolitischen Amtes der NSDAP befindet. In dem Artikel wird den deutschstämmigen Integralisten nämlich vorgeworfen, sie marschieren »ohne jede vorher eingeholte Garantie in den Reihen der Grünhemden neben rassistisch gänzlich anders gearteten Staatsbürgern«. Die »rassistisch gänzlich anders gearteten Staatsbürger«, in deren Reihen die deutschstämmigen Integralisten auf ausdrückliche Weisung der NSDAP marschieren, sind Vollblutneger, Negermischlinge, die Mischlinge von Weißen und Indianern und die Mischlinge von Indianern und Negern.

Dem Deutschen Auslandsinstitut würde diese Form der »Rassenschande« nicht wei-

ter stören, wenn es nicht folgende Sorge hätte:

»Wird Brasilien in absehbarer Zeit integralistisch, so läuft das Deutschbrasilianertum, infolge seiner Uneinigkeit und Spaltung, Gefahr, mit gelindem Druck in den rassistischen Schmelztiegel Brasiliens zu gelangen; gelingt es aber der derzeitigen Regierungsform, die nicht unähnlich derjenigen der Vereinigten Staaten ist, den Integralisten durch Verbote, bei denen man gleichzeitig der Bewegung seine Sympathien ausdrückt, nicht zum Zuge kommen zu lassen, so werden bestimmte liberale Kreise einen Teil der Deutschbrasilianer als Staatsverräter brandmarken.«

Hier wird also eine klare und unzweideutige Distanzierung gegenüber der integralistischen Bewegung gefordert, weil man sich sowohl von ihrem Siege wie von ihrer Niederlage für das Deutschbrasilianertum, aber auch für die politischen Ziele der NSDAP in Südamerika nichts Gutes verspricht. Der Landesleiter der NSDAP für Brasilien, Cossel, der seinerzeit von der mildtätigen Unterstützung großer jüdischer Firmen lebte, die ihm gnadenhalber Aufträge gaben, ist aber ohne klare Entscheidung aus Deutschland zurückgekehrt. Er hat sowohl von dem Gauleiter Bohle als den Leuten des Außenpolitischen Amtes widersprechende Ansichten zu hören bekommen, und die von ihm heiß ersehnte Auseinandersetzung mit dem »Führer« hat nicht zu einer Klärung, sondern sogar zu einer weiteren Verwirrung der ohnehin unklaren Situation beigetragen!

Die Folge ist, daß innerhalb der NSDAP die Kämpfe weitergehen und die Gegensätze und Streitigkeiten zwischen den einzelnen Parteistellen und den gleichgeschalteten Konsulaten nicht aufhören. Vom Standpunkt der NSDAP aus ist jedoch noch schlimmer, daß sie durch ihre eigene Unsicherheit und Direktionslosigkeit immer mehr an Autorität gerade bei denjenigen Deutschbrasilianern verliert, die bisher zu ihren getreuesten Anhängern gehört haben. Unabhängig von all diesen inneren Streitigkeiten bleibt vor allem die bedrohliche Tatsache bestehen, daß der unheilvolle Einfluß der NSDAP auf die amtlichen Vertretungen des Deutschen Reiches und die Organisationen des hiesigen Deutschtums die Stellung der in Brasilien lebenden Deutschen und von deutschen Eltern oder Großeltern abstammenden Menschen außerordentlich gefährdet: er führt zu einem Anwachsen der deutschfeindlichen Stimmung!

Not und Meckerei

Der Stimmungsverfall im Dritten Reich

Wir erfahren aus dem Rheinland:

Noch immer grassiert die Furcht vor einem Kriege. Ja, sie ist größer geworden. Wohl man auch hört, mit wem man auch spricht, es ist einmütig, als wäre der Krieg bereits da. Nur daß noch nicht geschossen wird. Ein Gerücht jagt das andere. Einer weiß mehr als der andere. Mal ist es Hitler der bremst, mal sind es die Generale. Das Volk ist unwissend, aber es fühlt, daß etwas nicht stimmt.

Die Nazis sind im allgemeinen großsprecherisch. Ihnen kann keiner. Die Franzosen mögen nur kommen, wir werden sie schon packen. Deutschland ist wieder groß und mächtig. Die Welt hat wieder Furcht vor Deutschland. Deshalb werden sie sich hüten, anzugreifen.

Es ist immer dasselbe. Die allgemeine Not steigt, täglich gibt es mehr Einschränkungen. Das Volk findet sich trotzdem mit allem ab, weil es wie irrsinnig auf die eine Möglichkeit starrt, den Krieg, der Hitler stürzen wird.

Ein Genosse schreibt uns:

Ich hätte längst was von mir hören lassen. Aber es herrscht dicke Luft wie noch nie. Da heißt es Vorsicht. Nur nicht unnötig Märtyrer werden. Vielleicht ist es bald so weit, daß jede, auch meine bescheidene Kraft, gebraucht wird. Ich kann mir jedenfalls nicht denken, daß es noch lange so weiter geht. Kaum ein Mensch ist noch für Hitler. Dazu kommt die Gewißheit, daß das deutsche Volk bei dieser Politik in den Krieg getrieben werden muß.

Der Vierjahresplan bringt uns allerhand Einschränkungen und Schwierigkeiten. Die allgemeine Knappheit zwingt nicht nur die einzelnen Haushalte zur Einsparung aller möglichen Dinge, zur schlechteren Ernährung, manche bis zum Hunger. Die Rohstoffknappheit veranlaßt auch manchen

Handwerksmeister und Kleingewerbetreibenden zur Schließung seines Betriebes. Die, die nicht schließen brauchen, freuen sich auf neue Kunden, die allerdings meist — ausbleiben, da die Kaufkraft die eigentliche Ursache der Schließung vieler Kleinbetriebe ist.

Brot haben wir zwar noch, aber uns fehlt das nötige zum Bestreichen des Brotes. Im Februar gab es bei uns nur die Hälfte der Konsummargarine. Die übrige Margarine, die sogenannte »Bessere«, ist ebenfalls sehr knapp, sie wird nur in etwa 7 Prozent der Konsummargarine hergestellt. Bekommt man überhaupt welche von der »besseren Margarine«, so sind es höchstens 250 g. Gute Butter ist ebenfalls sehr knapp und Fett ist noch knapper. Die Metzger haben ihre liebe Not, wenigstens etwas an ihre Kunden abzugeben. Wer Glück hat, bekommt in der Woche 50 g. natürlich nur, wenn er in der Kundenliste eingetragen ist. Ich sprach mit Bekannten aus W. Dort hat ein Metzger in der Woche für ca. 900 Personen 21 Pfd. Fett bekommen. Das beträgt pro Kopf 11 g. Das übliche Puffeinbäckchen fiel in diesem Jahre weg, Backfett war nicht zu haben. Die Fettknappheit ist so weit gediehen, daß den Bäckermeistern durch die Innung mitgeteilt werden mußte, es würden 20 Prozent der Bäcker ihren Laden zumachen müssen. Wer sein Geschäft freiwillig schließt, der habe Aussicht, umgeschult und in einem Großbetrieb eingestellt zu werden. In Italien sei das auch so gemacht worden; alle Einmannbetriebe seien durch Regierungskredit geschlossen worden. Und Italien sei deswegen auch nicht zugrunde gegangen. Im übrigen wurde den Bäckern die größte Sparsamkeit in allen Dingen anempfohlen. Nichts dürfe unnötig verbraucht werden. Das Reich brauche seine Devisen für andere Zwecke.

Dasselbe wurde seinerzeit schon den Wirtschaftsbesitzern mitgeteilt. 20

Prozent Wirtschaften seien zuviel. Inzwischen haben viele Wirte ihren Betrieb tatsächlich zugemacht. Wer kann noch ins Wirtshaus gehen? Die Löhne sind nicht nur klein, sondern kleiner als früher. Die Lebensmittelpreise steigen trotz aller Verordnungen. Da bleibt dem Arbeiter kein Groschen für ein Glas Bier übrig.

Den Schuhmachern wurde im vorigen Jahre ebenfalls strengste Sparsamkeit anempfohlen. Es wurde auf die zu erwartende Lederknappheit hingewiesen. Nun ist sie praktisch da. Das Schleder ist enorm schlechter geworden. Den Schuhmachern ist bei Strafe verboten, ihre Kunden über die Ursache der Lederknappheit aufzuklären.

Dieser Tage sah ich wunderschönen Salat. Aber was macht man mit dem Salat, wenn das Salatöl fehlt? Eier gibt es jetzt öfters. Neben deutschen, kann man irische, bulgarische, holländische, italienische, dänische, ja sogar chinesische Eier haben.

Starkbier darf nicht mehr hergestellt werden, Kornfrüchte dürfen auch nicht mehr zum Brennen verwandt werden. Neuerdings besteht sogar ein gewisser Mangel an Gerstenkaffee. Das Mehl hat noch immer eine graue, undefinierbare Farbe. Stärke ist nicht zu haben.

Du wunderst Dich über die Tatsache, daß ich nur vom Essen schreibe? Ja, das kommt daher, daß hier niemand mehr an was anderes denkt. Es ist jeden Tag eine Jagd nach all den schönen Lebensmitteln. Damit füllt die Hausfrau jetzt ihre Tage aus, darüber wird erzählt; auf dem Arbeitsplatz, vor den Arbeitsämtern (die es noch immer gibt), in der Familie und bei Besuchen. Da haben wir soviel zu tun, daß wir oft nicht wissen, wo uns der Kopf steht. Und immer ist es die bange Frage, die uns allen auf den Lippen schwebt: »Wohin soll das noch führen?« Keiner kann die Frage beantworten. Kaum einer glaubt nicht an Krieg. Hitler verliert tagtäglich mehr von seinen Anhängern. Und doch sehen wir keinen Ausweg aus dem System der Gewalt, das uns alle die Entbehrungen auferlegt. Die Angst unterdrückt alle Widerstandsbewegungen. ve r

Die Konjunkturgewinne im Maschinenbau

Betrübtliche Gewinnsteigerungen — Phantastische Kursgewinne

Die nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen haben der Produktion der deutschen Maschinenbau-Industrie einen mächtigen Antrieb gegeben. Die Mehrzahl der Branchen dieses Industriezweiges ist mit rein militärischen Rüstungsaufträgen voll beschäftigt, während einige andere Branchen an der Deckung des durch die Einordnung der gesamten Wirtschaft in die Kriegsvorbereitungen entstandenen Maschinenbedarfes arbeiten.

Ende des Jahres 1936 sind in der deutschen Maschinenbau-Industrie mehr als 600.000 Arbeiter beschäftigt gewesen, und zu Anfang 1937 wurde die theoretisch gegebene Produktionskapazität zu rund 82 Prozent ausgenutzt. Das Absatzvolumen war 1936 bereits höher als 1928; wertmäßig blieb der Absatz allerdings infolge der niedrigeren Preise noch um 14 Prozent hinter diesem Hochkonjunkturjahre zurück.

Daß dieser Aufstieg, beinahe ausschließlich eine Auswirkung der Aufrüstung ist, wird auch durch die Entwicklung des Absatzes in Maschinen bestätigt. Im Jahre 1928 nahm von einem Gesamtabsatz von 3,7 Milliarden Reichsmark das Inland für 2,6 Milliarden und das Ausland für 1,1 Milliarde RM auf. Im Jahre 1932 war der gesamte Absatz an Maschinen auf knapp 1,4 Milliarden RM zurückgegangen. Je die Hälfte des Wertes entfiel davon auf das In- und Ausland. Im Jahre 1936 wird der Gesamtabsatz mit 3,1 Milliarden RM angegeben. Davon entfallen 2,47 Milliarden RM auf das Inland und nur 0,63 Milliarden RM auf das Ausland. Der deutsche Maschinenabsatz ins Ausland liegt demnach noch tiefer als im Jahre 1932.

Diese Verschiebung im Maschinenabsatz ist für die Entwicklung des Konjunkturgewinnes der Maschinenbau-Kapitalisten nicht von ungünstigem Einfluß gewesen. Wohl war auch 1935 noch ein leichtes Nachgeben der Preise auf einem Teilgebiete festzustellen — so daß ein um etwa 14 Prozent tieferes Preisniveau als 1928 zu verzeichnen ist — aber dafür waren die Eisenpreise um mehr als 20 Prozent niedriger und die Produktionskosten durch die hohe Kapazitätsausnutzung und durch die im Vergleich zu 1928 bis zu 50 Prozent niedrigeren Löhne stark vermindert.

Kurz: die Rüstungskonjunktur und die ausgesprochen einseitige Wirtschafts- und Sozialpolitik der nationalsozialistischen Diktatur zugunsten der privatkapitalistischen Interessen haben den kapitalistischen Profit im Maschinenbau in den letzten Jahren erheblich steigen lassen. Dagegen sind die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten nach den beträchtlichen Kürzungen am Beginn des Hitlerregimes auf dem erzwungenen tiefen Niveau stehen geblieben. Nicht die geringste Erhöhung der Stundenlöhne ist in den letzten Jahren eingetreten.

Die Kapitalisten und die Nationalsozialisten tun alles, um den wahren Umfang der gewaltigen Profitsteigerung den Volksschichten nicht bekannt werden zu lassen. Die Wirtschafts-Berichterstattung wird gerade auf diesem wichtigen Gebiet immer dürftiger. Aber dennoch ist selbst aus den frisierten und die Gewinne verachtelnden Bilanzen von 68 Aktiengesellschaften der Maschinenbau-Industrie, die rund ein Drittel des Gesamtabsatzes stellen, der große Sprung, den die Gewinne in den letzten Jahren gemacht haben, zu erkennen. So hat sich der Betriebsertrag dieser Aktiengesellschaften, also der Umsatz nach Abzug der Ausgaben für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, seit dem Geschäftsjahr 1933/34 bis zum Geschäftsjahr 1935/36 fast verdoppelt. Die Gesamt-Abschreibungen, die 1933/34 im Durchschnitt 9,1 Prozent des Eigenkapitals betragen, sind auf 15,8 Prozent erhöht worden. Also auch hier eine Steigerung um 70 Prozent. Der Gesamt-Reingewinn wurde von diesen Aktiengesellschaften 1933/34 mit 0,3 Prozent des Eigenkapitals angegeben, während eine Berechnung für 1935 5,4 Prozent ergibt. Das ist eine Vermehrung des Gesamt-Reingewinnes um das Achtzehnfache.

Für einzelne Branchen ist sogar eine noch günstigere Entwicklung festzustellen. Die im stärksten Maße an der Aufrüstung profitierende Werkzeugmaschinen-Industrie weist z. B. eine Erhöhung ihrer Gesamtabschreibungen in den angeführten Geschäftsjahren von 9,2 auf 24,0 Prozent des Eigenkapitals aus, während der Gesamt-Rein-

gewinn sich von 1,0 auf 8,9 Prozent des Eigenkapitals erhöht hat.

Nur an einigen Beispielen wollen wir die für die Privatkapitalisten außerordentlich vorteilhafte Entwicklung aufzeigen. Aus den Bilanzen der nachstehenden Maschinenbau-Aktiengesellschaften geben wir den Betriebsertrag, den errechneten Gesamt-Reinertrag in Prozenten des Eigenkapitals und die Dividenden der Geschäftsjahre 1933/34 und 1935/36 wieder. Im Betriebsertrag soll der Gesamtumsatz abzüglich der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ausgedrückt

	Betriebsertrag in Millionen RM		Reinertrag in % des Eigenkapitals		Dividende in %	
	1933/34	1935/36	1933/34	1935/36	1933/34	1935/36
Hille-Werke A. G., Dresden	1.2	3.7	- 51.5	+ 8.4	0	6
Pittler-A.-G., Leipzig	2.8	7.3	+ 5.7	+ 7.5	7	9
J. E. Reinecker-A. G., Chemnitz	2.6	10.4	- 0.3	+ 6.2	0	8
Schieß-Defries A. G., Düsseldorf	3.8	8.2	- 8.1	+ 7.9	0	5
R. Stock & Co. A. G., Berlin	5.9	10.0	+ 7.0	+ 11.6	5	10
Wanderer-Werke, Chemnitz	9.5	23.6	+ 8.1	+ 16.2	6	8
Wotan- u. Zimmermannwerke, Düsseldorf	0.4	2.2	+ 1.3	+ 21.4	0	8
Seidel & Naumann, Dresden	6.8	11.1	+ 6.0	+ 6.8	0	7
Miag Braunschweig	10.9	20.9	- 8.4	+ 4.8	0	4
F. M. A. Frankfurt a. M.	1.0	2.7	- 25.4	+ 7.4	0	6
Lindes Elsmaschinen A. G., Wiesbaden	10.4	21.1	+ 4.6	+ 7.3	5	8
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	35.9	66.5	+ 0.7	+ 6.4	0	4

Aus dieser Aufstellung geht die durchwegs starke Gewinnsteigerung der Maschinenbau-Unternehmungen hervor. Dort, wo im Geschäftsjahr 1933/34 noch Verluste tatsächlich zu verzeichnen oder errechnet worden waren, hat sich inzwischen überall ein erheblicher Reingewinn eingestellt. Die beträchtlichen Konjunkturgewinne fließen den Kapitalisten nicht nur aus dem höheren Beschäftigungsgrad in diesem Industriezweig, sondern auch aus der erhöhten Ausnutzung der Arbeitskraft und der tiefen Löhne. Der einzelne Arbeiter muß im Dritten Reich dem Kapitalisten einen viel größeren Mehrwert erschaffen als früher.

Die volle Höhe dieses aus den Arbeitern

sein. Aber schon bei der Errechnung des Betriebsertrages werden von den Aktiengesellschaften — wie sich bei genauer Prüfung feststellen läßt — viel höhere Abstriche vorgenommen, als die Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe tatsächlich erfordern. Das geschieht, um den Betriebsertrag aus steuerlichen und anderen Gründen niedriger erscheinen zu lassen und um bei der Herabdrückung des auszuweisenden Reingewinnes nicht allzu große Schwierigkeiten zu haben. Das muß bei den folgenden Ziffern berücksichtigt werden.

	Betriebsertrag in Millionen RM		Reinertrag in % des Eigenkapitals		Dividende in %	
	1933/34	1935/36	1933/34	1935/36	1933/34	1935/36
Hille-Werke A. G., Dresden	1.2	3.7	- 51.5	+ 8.4	0	6
Pittler-A.-G., Leipzig	2.8	7.3	+ 5.7	+ 7.5	7	9
J. E. Reinecker-A. G., Chemnitz	2.6	10.4	- 0.3	+ 6.2	0	8
Schieß-Defries A. G., Düsseldorf	3.8	8.2	- 8.1	+ 7.9	0	5
R. Stock & Co. A. G., Berlin	5.9	10.0	+ 7.0	+ 11.6	5	10
Wanderer-Werke, Chemnitz	9.5	23.6	+ 8.1	+ 16.2	6	8
Wotan- u. Zimmermannwerke, Düsseldorf	0.4	2.2	+ 1.3	+ 21.4	0	8
Seidel & Naumann, Dresden	6.8	11.1	+ 6.0	+ 6.8	0	7
Miag Braunschweig	10.9	20.9	- 8.4	+ 4.8	0	4
F. M. A. Frankfurt a. M.	1.0	2.7	- 25.4	+ 7.4	0	6
Lindes Elsmaschinen A. G., Wiesbaden	10.4	21.1	+ 4.6	+ 7.3	5	8
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	35.9	66.5	+ 0.7	+ 6.4	0	4

herausgepreßten Mehrwertes kommt in der ausgewiesenen Zunahme des Reingewinnes und der Dividendenausschüttungen nicht zum Ausdruck. Ein oft größerer Teil wird durch die verschiedensten Manipulationen, vor allem durch recht hohe Abschreibungen, unsichtbar gemacht. Die Pittler-A.G. in Leipzig z. B. hat bei einem gesamten Anlagevermögen von 2,5 Millionen RM im Geschäftsjahr 1935 fast 2 Millionen RM abgeschrieben. Die R. Stock-A. G. in Berlin hat bei einem Anlagevermögen von insgesamt 2,5 Millionen RM 2,8 Millionen RM im Geschäftsjahr 1935/36 abgeschrieben, demnach mehr, als überhaupt Kapital in den Anlagen investiert ist.

Angesichts derartig hoher Gewinne über-

rascht es auch nicht, wenn die Kurse der Maschinenbau-Aktiengesellschaften an den Börsen in mächtigen Sprüngen nach oben geschneit sind. Der Mittelkurs für zahlreiche Maschinenaktien hat sich im Verlauf von zwei Jahren um 50 bis 100 Prozent und selbst mehr erhöht. In einzelnen Fällen erreicht die Kurssteigerung sogar 400 Prozent und mehr.

Nun bliebe noch übrig, diese außerordentlich günstige Profitentwicklung in der Maschinenbau-Industrie der Entwicklung der Löhne und Gehälter gegenüberzustellen. Da läßt sich nur sagen, daß die Arbeiter nicht den geringsten Anteil an den Gewinnen haben. Im Gegenteil: es werden an ihnen in der Konjunktur die härtesten Ausbeutungsmethoden erprobt und unter dem Vorwand der Behebung des Facharbeitermangel werden mit den schärfsten Maßnahmen die letzten Reste ihrer Freizügigkeit beseitigt.

Das ist die Volksgemeinschaft im Dritten Reich!

Tödtlich — aber nicht im strengen Sinn

Der Reichsstudentenführer Dr. G. A. Scheel äußert sich in dem Zentralorgan des NS-Rechtswahrbundes »Deutsches Recht« über die Neuordnung des deutschen Studententums. In dem Artikel finden sich die Sätze:

»Daß der gesamte Studentenbund sowie alle Kameradschaften und ihre Mitglieder verpflichtet werden, für ihre Ehre mit der Waffe einzustehen, ist — entsprechend den geltenden Ehrenordnungen von SA, SS, NSKK und Wehrmacht — eine Selbstverständlichkeit. Dabei wird durch entsprechende Schutzmaßnahmen dafür Sorge getragen werden, daß die neue studentische Waffe, der leichte Säbel, nicht als tödliche Waffe im strengen Sinne anzusehen ist.«

Wer dennoch damit getötet worden ist, gilt im strengen Sinne des deutschen Gesetzes nicht als tot, sondern nur als zufällig nicht mehr am Leben. Eltern, denen das kein Trost ist, verdienen es nicht, Deutsche zu sein.

Nationalsozialistische Lohnpolitik — für wen?

Größter Aufwand mit kleinsten Beiträgen

Der Wirtschaftspolitiker des »Völkischen Beobachters«, Fritz Nonnenbruch, hat sich zu seiner Spezialaufgabe ausersehen, den Arbeitern beweisen zu wollen, daß das vom Führer befohlene Stillhalten der Löhne für sie nicht eine Plage, sondern eine Wohltat sei. »Die nationalsozialistische Lohnpolitik«, heißt es im Leitartikel »Die Lohnpolitik des Wirtschaftsaufbaues« (»Völkischer Beobachter« vom 21. März) »wird nicht im Interesse von Kapitalisten betrieben.« »Sie wird betrieben, um die deutsche Volkswirtschaft aufzubauen. Für wen? Nun, für das deutsche Volk, und das ist im ganz großen Umfange der deutsche Arbeiter.« Viele Unternehmer wären sogar bereit, höhere Löhne zu zahlen, um überhaupt Facharbeiter zu bekommen. Der Staat sei dem aber »sogar entgegengetreten. Es ist nicht erlaubt, durch höhere Lohnangebote Arbeiter wegzugangieren.« Würden die Löhne erhöht, so würde ein Teil davon entweder auf die Sparkasse getragen oder »für mehr Nahrungsmittel in besserer Qualität, für Kleidung und Schuhe und endlich für höhere Miete einer besseren Wohnung verausgabt.« »Aber gerade diese Nahrungsmittel, die Kleider und Schuhe und die Wohnungen haben wir nicht.« Wenn der Arbeiter »jetzt auf die Lohnerhöhung verzichtet, investiert er buchstäblich seine Arbeit im Wirtschaftsaufbau. Er hilft dazu, daß der volkswirtschaftliche Produktionsapparat ergiebiger wird.« Aber ist denn nicht im nationalsozialistischen Staat die Ergiebigkeit des Produktionsapparates ungeheuer gestiegen? Warum wird trotzdem der Anteil der Arbeiter am Ertrag der gesteigerten Produktion immer kleiner statt größer? Nicht weil zu wenig, sondern weil nicht das Richtige erzeugt wird. Die Eisenträger, die zum Bau von Wohnhäusern benutzt werden könnten, sind zu Kanonen umgeschmolzen. Was für ausländische Nahrungsmittel aufgewendet werden könnte, wird in Spanien in die Luft geschossen. Die Wehrfreiheit ist in Konflikt mit der Nährfreiheit geraten, das heißt mit der Freiheit des Arbeiters, sich menschenwürdig zu ernähren, zu bekleiden und zu behausen.

Nonnenbruchs Begründung der »nationalsozialistischen Lohnpolitik« ist auch nur

für die »Volksgemeinschaft« bestimmt. Wo die Nazis unter sich sind, kann man ganz andere Töne hören. Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« ist eine Stelle, wo höhere Nazis ihre Art von Opposition austoben dürfen. Das Blatt wird von annähernd dem gleichen Kreise wirtschaftstheoretisch interessierter Nationalsozialisten gelesen, von dem es geschrieben wird. Die Kreise, die sich die Wirtschaft nennen, beachten es nicht, weil sie wissen, daß sich die nationalsozialistische Regierung mehr nach ihren Wünschen richtet als nach den unmaßgeblichen Meinungen der Pgs. vom »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst«. Und die große Masse des Volkes weiß kaum etwas von seiner Existenz. Das Blatt nimmt sehr häufig zu Lohnfragen Stellung, aber dort teilt man keineswegs Nonnenbruchs Meinung, daß Lohnerhöhungen unbedingt zu Preiserhöhungen führen müssen. Im 3. März-Heft heißt es:

»Die Gewinnlage vieler Werke ist so, daß auch der Wirtschaft aus allen möglichen Gründen eine gewisse Erhöhung des Realinkommens erwünscht und willkommen wäre, denn damit wäre nicht notwendigerweise eine Preiserhöhung verbunden. Wenn aber schon in der Verbrauchgüterindustrie im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft Arbeitskräfte fehlen, so hätte eine Lohnsteigerung keinen Spielraum in einem stärkeren Verbrauchgüterangebot.«

Warum aber ist das Verbrauchgüterangebot nicht stärker? Weil von den nationalsozialistischen Machthabern zu viel Geld und Arbeitskraft für repräsentative Luxusbauten verschwendet wird. »Das ist«, meint der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst«, »der Grund, warum allen unnötigen öffentlichen Bauten mit allergrößter Entschlossenheit von der Zentrale entgegengetreten werden müsse und, wie wir versichern können, entgegengetreten werden wird, denn sie entziehen der Verbrauchgütererzeugung Arbeitskräfte und Material. Daß eine Steigerung des Realinkommens der unteren breiten Einkommensklassen erwünscht ist, erhellt aus der Tatsache der nur ein- bis zweiprozentigen Realeinkommenssteigerung dieser Klassen seit 1933.« Damit ist zugegeben, daß

der Prunk des nationalsozialistischen Regimes und die »immer noch anschwellende Organisationswelle«, »der Papierkrieg« völlig unproduktiver besserwisserischer Stellen und Aemter mit zehntausenden Bürokräften«, der »schon zur Seuche geworden ist« von den Arbeitern bezahlt wird.

Zu welchen Zwecken im Dritten Reich Arbeitsgelder vergeudet werden, darüber kann man im »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst« noch mehr Erbauliches lesen. Da gibt es eine Verordnung, wonach beim Kauf sogenannter beamten-eigener Dienstwagen ein Behördenrabatt von 10 Prozent vom Bruttopreis gewährt wird, während der Höchstnachlaß für normale Großverbraucher nur 6 Prozent beträgt. Wie man mit diesem Privileg für höhere Staatsbeamte zu privaten Zwecken Mißbrauch treibt, wird im 3. März-Heft 1937 wie folgt geschildert:

»Es hat sich gezeigt, daß sich trotz der rechtlich genauen Fassung der betreffenden Bestimmungen Methoden herausgebildet haben, die es ermöglichen, Wagen zu reinen Privatzielen für eigenen Bedarf und den von Verwandten und Freunden mit Hilfe dieser Bestimmungen zu beschaffen — Methoden, die teilweise die Grenze des Betruges zu überschreiten drohen.«

Oder »teilweise« vielleicht schon überschritten haben. Eine niedliche Korruption! Die Herren begnügen sich aber nicht damit, ihre Autos billiger zu kaufen als andere, sie müssen kostbarer sein:

»An dieser Stelle darf außerdem nicht unerwähnt bleiben, daß es Stellen gibt, die trotz der Rohstoffknappheit immer noch einen Aufwand mit teuren Wagen treiben, der im Volke jedenfalls nicht als nationalsozialistisch angesehen wird, vor allen Dingen dann nicht, wenn dieser Aufwand aus den Beiträgen kleinster Größenordnung« bestritten wird.«

Das zielt offenbar auf den Dr. Ley und seinen riesenhaften Apparat von Nazi-pfründnern, die mit der Hetze gegen die marxistischen Bonzen und ihre Verschwendung von Arbeitergeldern hochgekommen sind und die den Arbeitern täglich erzählen, daß Lohnerhöhungen ihnen nichts nützen und daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe. G. A. F.

Der Kampf um die »Wilhelmstraße«

Einflußlose Spezialisten — Geht Außenminister Neurath?

Zwischen dem nun verwaisten Palais Hindenburgs und dem neuen, endlich auch mit einem Balkon versehenen Prunkbau der hitlerischen Reichskanzlei liegt in der Berliner Wilhelmstraße ein graues, einer Kaserne ähnliches Gebäude: das Auswärtige Amt. Einst, in den Tagen Bismarcks, die exklusivste und ungestörteste Reichsbehörde, ist diese Zentrale der deutschen Außenpolitik seit dem Beginn des Dritten Reiches ein heißer, heftig umstrittener Boden geworden.

Immer wieder — zuletzt beim großen Diplomatenschub vor Ostern — kommen Nachrichten, die wissen wollen, daß der Nationalsozialismus dieses alte »Widerstandsnest« der feudalen Konservativen endlich ausgeräumt habe. Dann wieder heißt es, daß ganz im Gegenteil der Angriff des nationalsozialistischen Parteipapstes Rosenberg abgeschlagen sei und alles beim alten bleibe. Was ist da richtig?

Der Chef v. Neurath

Neben der Reichswehr war das Auswärtige Amt nach dem Machtantritt Hitlers die einzige Behörde, in der zunächst keine wesentlichen personellen Änderungen vorgenommen wurden. Der alte Diplomatenschatz, der schon unter Stresemann vorhanden war und damals den »Locarnokurs« mitmachte, blieb erhalten, ja, er avancierte fleißig, als ob sich seit den Tagen von Curtius nichts geändert hätte.

Ein beachtlicher Wechsel war allerdings kurz vorher vorstatten gegangen: die Regierung v. Papen hatte 1932 zum Chef des Auswärtigen Amtes jenen Diplomat ernannt, der der schärfste Feind der Demokratie gewesen war, nämlich den Freiherrn Konstantin v. Neurath. Dieser Mann aus der Schule des Kaiserreiches war ein Sproß der Familie des Großadmirals Tirpitz, des unheilvollsten Beraters Wilhelms II. Als solcher hätte der junge Diplomat glänzend Karriere machen können, wenn er nicht versucht hätte, Anno 1916, als Botschaftsrat in Konstantinopel gegen seinen Chef, den klugen Grafen Wolff-Metternich, zu intrigieren. Ein braver Spitzelbericht an das Berliner Amt wußte die erschreckliche Tatsache zu berichten, der Botschafter gehe, unscheinbar angezogen und sogar zu Fuß durch die Straßen Stambuls, was ihm die Mißachtung der türkischen Gesellschaft eingetragen habe. Die überraschende Antwort war eine Depesche aus der Wilhelmstraße: »Will der Herr Botschaftsrat auf Urlaub gehen?« und trotz verdutzten Schweigens vier Stunden später ein zweites: »Urlaub bewilligt.«

Den so brüsk Hinausgeworfenen holte die Republik großmütig wieder. Sie stellte ihn an wichtige Posten, was er ihr dadurch vergalt, daß er offen gegen die Demokratie auftrat und Berlin dauernd Schwierigkeiten machte, indem er z. B. als Botschafter in Rom den Schriftsteller Emil Ludwig demonstrativ nicht empfing.

Das Dritte Reich übernahm den Außenminister v. Neurath als eine Art »Vermächtnis Hindenburgs«. Er war eine jener konservativen Sicherungen, durch die das deutsche Rechtsbürgertum in seiner Verblendung glaubte, sich gegen allzu großen Appetit der Nationalsozialisten schützen zu können. Dieser Wahn sollte nur zu bald zerreißen.

Die »Weinreisenden«

Die gleich nach dem März 1933 mit Vehemenz einsetzenden Versuche des »Außenpolitischen Amtes« der NSDAP, einige ihrer Vertrauensleute, meist stellunglose Deutschbalten, in die fette diplomatische Karriere zu bringen, scheiterten allerdings zunächst genau wie bei der Reichswehr. Zwar tauchten bald ein paar neue Namen im Diplomatenschatz auf, aber es waren bezeichnenderweise sämtlich Männer mit — besten Verbindungen zur deutschen Großindustrie.

Doktor Hans Luther etwa, der frühere Reichskanzler, der seinen Posten als Reichsbankpräsident 1933 wieder an Schacht zurückgeben mußte und dafür Botschafter in Washington wurde, war ein Mann aus dem Einflußbereich der Kanonenfirma Krupp. Die hatte ihn zu einer Zeit, da sie durch das Dreiklassenwahlrecht die Stadt Essen beherrschte, als Oberbürgermeister an deren Spitze gestellt. Wofür Luther sich später als Reichskanzler erkenntlich zeigte, indem er bei Gelegenheit der verfassungs- und etatswidrigen 700-Millionen-Subvention dem Kruppwerk 70 Millionen zuschanzte. Seit 1926 saß er im Aufsichtsrat der Firma und nahm dann in Washington einen Posten ein, der seit Otto Wiedfeldt für ehemalige Kruppdirektoren schon traditionell genannt werden kann.

Daß Herr v. Papen, der nach der Ermordung von Dollfuß als deutscher Botschafter und Sonderbeauftragter nach Wien ging, in allerengsten familiären Beziehungen zur rheinischen Industrie steht, dürfte bekannt sein. Ebensovienig zufällig ist es auch, daß erst kürzlich ein neuerrichtetes Sonderkommissariat im Auswärtigen Amt — und zwar das wichtige für »europäische Fragen« — einem Herrn Woermann unterstellt wurde, dem Angehörigen der bekannten deutschen Roderfamilie.

In diesen Zusammenhang gehört auch Herr v. Ribbentrop, in dem man bisher fälschlicherweise einen bloßen Exponenten nationalsozialistischer Parteiflüsse gesehen hat, obwohl seine Berufung ebenso sehr eine Absage an Rosenberg wie an Neurath bedeutete. Auch Ribbentrops übliche Titulierung als »Weinreisender« führt durchaus irre. In Wirklichkeit ist dieser ehemalige Reiteroffizier als Schwiegersohn des millionenschweren Sektfabrikanten Söhnlein ein waschechter Vertreter bestimmter großindustrieller Interessen in der deutschen Außenpolitik.

Um welche konkreten Interessen es sich dabei handelt und wie sie sich durchsetzen, das bedürfte einer besonderen Untersuchung. Für unseren Zusammenhang genügt die Feststellung, daß mit Beendigung der Wirtschaftskrise in der deutschen Außenpolitik jene alten »imperialistischen Tendenzen« der Vorkriegszeit wieder lebendig geworden sind, die das Dritte Reich aus seiner bloßen »Ostorientierung« abzudrängen versuchen und es bereits in die alte Gegnerschaft zu Westeuropa, speziell zu England, zurückgeführt haben.

Hitlers Eingriffe

Während so der äußere diplomatische Apparat zunächst den Attacken nationalsozialistischer Stellungsjäger trotzte, gingen in der Wilhelmstraße bedeutsame Veränderungen vor. Die Verhandlungs- und Repräsentationsaufgaben draußen scheint Hitler allerdings nach wie vor den geschulten Fachleuten überlassen zu wollen. Darin hat er, ganz dem Wesen des Faschismus gemäß, sich für die alten Beamtenkader und gegen die einst mit ihm kämpfenden kleinbürgerlichen Abenteurer entschieden. In der Zentrale selber aber wurde schon bald fleißig »umgeschaltet«.

Die erste viel zu wenig beachtete Maßnahme war die Herauslösung der früher recht umfangreichen eigenen Presseabteilung aus dem Verbands des Auswärtigen Amtes und ihre Eingliederung ins Propagandaministerium. Das bedeutet, daß nunmehr die propagandistische Vorbereitung außenpolitischer Aktionen sowie ihre Interpretierung und Auswertung nicht mehr in den Händen des Amtes liegt. Sie wird jetzt von Göbbels vorgenommen, der dadurch eine Art Mitregent eines wichtigen Sektors außenpolitischer Aufgaben geworden ist.

Auch der zweite Schritt war ein organisatorischer Akt mit hochpolitischer Nebenbedeutung. Er betraf die Auflösung der bisherigen traditionellen Einteilung des Auswärtigen Amtes in Sonderreferate für Länder und Erdteile. Früher behandelte jeder Leiter einer solchen Abteilung

sein Gebiet ziemlich selbstherrlich. Auf Grund seiner intimeren Kenntnis dieses Gebiets geschah kein Schritt, der es betraf, ohne ihn vorher zu fragen, wobei in den meisten Fällen sein Rat entschied. Heute sind diese Abteilungsleiter entthront. Sie sind reine »Fachreferenten« geworden, die der »politischen Abteilung« unterstellt sind, die Hitler durch zwei Sonderkommissare überwachen läßt.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß das Auswärtige Amt immer stärker von der »Kanzlei Hitler« verdrängt wird. Bei der großen Rolle, die die samstägigen Ueberraschungsaktionen des Führers in der deutschen Außenpolitik spielen, wird diese Kanzlei — deren größter Teil sich monatelang auf dem Obersalzberg in Bayern befindet — immer häufiger zum eigentlichen Außenministerium des Dritten Reiches.

»Abteilung Bohles«

Ihren bedeutendsten Triumph aber errangen die nationalsozialistischen Rivalen der Berufsdiplomatie vor wenigen Wochen bei der Vierjahresfeier des Dritten Reiches. Unter den Maßnahmen, die Hitler bei dieser Gelegenheit verkündete, war auch die Errichtung einer neuen Abteilung im Auswärtigen Amt — der »Abteilung für Auslandsdeutschtum«.

Ihr gleichzeitig ernannter Direktor, Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, kommt aus dem unmittelbaren Machtbereich Alfred Rosenbergs. Er war bisher im »Außenpolitischen Amt« der NSDAP tätig, wo er die bekannten Verbindungen der Parteizentrale zu den teilweise illegalen Positionen in den deutschen Minderheiten des Auslands bearbeitete. Jetzt ist Bohle, mitsamt seiner Aufgabe, aus dem Parteiapparat in den amtlichen Rahmen des Ministeriums hinübergewechselt. Mit dieser offenen Kapitulation der deutschen Außenpolitik vor der nationalsozialistischen Mystik ist eine Forderung erfüllt, die die aggressiven Elemente um Rosenberg seit langem erhoben haben, während die Wilhelmstraße sie bisher entschieden ablehnte.

Charakteristisch für die beginnende Entmachtung Neuraths sind die Bestimmungen über die Stellung Bohles: er gilt zwar ausdrücklich dem Minister »persönlich und unmittelbar unterstellt«, nimmt aber (was bisher bei keinem Abteilungsleiter der Fall war) »an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird...«

Eine irreführende Firma

Das Auswärtige Amt hat sich gegen 1933 also grundlegend verändert. Aus einer politischen Behörde mit streng gehüteter Tradition, einem Amt mit Eigenleben, mit Aufgaben und auch mit Verantwortung, ist ein Büro zur Praktizierung der wo anders bestimmten Außenpolitik, ein bloßer technischer Spezialistenbetrieb, geworden. Denn die Politik macht Hitler selber, ihre propagandistische Behandlung erledigt Göbbels, wenn besondere Aufgaben zu bewältigen sind, wird Göring oder auch Ribbentrop entsandt. Und den inneren Betrieb überwachen zu allem Ueberfluß zwei Sonderkommissare und der neue, allein noch mächtige Abteilungsleiter Bohle.

Was diese Eingriffe bedeuten, dürfte nicht schwer zu erkennen sein: wenn man heute »Wilhelmstraße« sagt, ist das etwas grundlegend anderes geworden, als was man etwa mit »Quai d'Orsay« oder »Foreign Office« bezeichnet. Das ist ein Unterschied, den gerade jene beiden letzten Stellen immer beachten sollten, wenn sie mit ersterem in Verhandlung treten.

Neuraths Gegenzug

Erst bei Kenntnis aller oben erwähnten Tatsachen wird die Bedeutung des letzten deutschen Diplomatenschubs klar. Sein wichtigster Akt war die Neubesetzung des

Postens des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt durch Dr. v. Mackensen.

Als vor einiger Zeit der Staatssekretär v. Bülow (ein Angehöriger der alten preussischen Diplomatenfamilie) starb, wurde mit seiner kommissarischen Nachfolge der Ministerialdirektor Dr. Dieckhoff beauftragt. Dieckhoff, der nach dem Kriege auch einmal Gesandtschaftsrat in Prag war, und der sich übrigens lange Zeit als betonter Republikaner gab, galt deshalb auch als aussichtsreichster Bewerber für die endgültige Besetzung. Wenn trotzdem nun v. Mackensen, bisher Gesandter in Budapest, ernannt wurde, so hatte das besondere Gründe. Denn Mackensen ist nicht nur der Sohn des bekannten Weltkriegsgenerals, sondern auch — der Schwiegersohn v. Neuraths, mit dessen Tochter Winnefred er seit 1926 verheiratet ist.

Was verspricht sich v. Neurath von dieser Besetzung des zweitwichtigsten Postens im Amt durch einen Mann seines absoluten Vertrauens? Will er wenigstens den Rest des ihm langsam entgleitenden Ministeriums fester in die Hand bekommen? Oder haben die Stimmen recht, die darauf verweisen, daß er in v. Mackensen einen wirkungsvollen Rivalen Bohles für den Fall sieht, daß einmal die Frage seiner Nachfolge akut wird?

(Auf der anderen Seite bedeutet auch die Ersetzung Luthers in Washington durch Dieckhoff einen Erfolg der engen Clique um Neurath, die den aus der kommunalen Laufbahn stammenden ehemaligen Reichskanzler stets doch ein wenig als Outsider betrachteten. Nicht unerwähnt bleibe bei dieser Gelegenheit, daß Luthers Haltung in Washington von den Kennern des Mannes seit langem mit Erstaunen beobachtet wurde. Man fragte sich mit Recht, wie er seine antisemitischen Proteste im Weißen Hause mit seiner lebenslangen Freundschaft zu dem bekannten jüdischen Architekten Körner und seiner Frau, der Erzieherin von Luthers einziger Tochter, in Einklang bringen konnte. Anscheinend hat er daraus nun die längst fälligen Konsequenzen gezogen.)

Keine Täuschung!

Was die Papen in Wien, Welczek in Paris, Ribbentrop in London und Dieckhoff in Washington bedeuten, dürfte nach den Veränderungen in der Zentrale der deutschen Außenpolitik klar sein. Sie sind nichts anderes und sollen nichts anderes sein als die Puffer zwischen den brutalen Ueberraschungsaktionen Wilhelms II. und der Empörung des Auslandes. Ihre alten, traditionellen Formen des Verkehrs dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie völlig unverbindlich für die Stelle sind, die den deutschen Außenkurs einzig bestimmt, nämlich Hitler selber, um den heute das Ringen der NSDAP mit gewissen Kreisen der Reichswehr und der Industrie geht.

Auch das entmachtete Auswärtige Amt hat noch seine Aufgabe: es ist die Kulisserie in dem großen Täuschungsmanöver, durch das ein zum Kampf um die europäische Hegemonie, vielleicht sogar um die Welt Herrschaft entschlossenes System sich als »zur Verständigung bereit« deklariert.

Bernhard M e n n e.

Der Nachwuchs

In der Gauleitung Köln erfolgte soeben — wie im ganzen Reich — die letzte Ausmusterung für die Adolf-Hitler-Schulen. Die Kölner Zeitungen berichten darüber:

»Die Väter der Jungen, die aus Monschau, Düren, Aachen, Jülich und Kall, aus Bonn, Engelskirchen, Köln, kurz aus allen Gebieten des Gau's nach Köln gekommen waren, sind Gewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker, Angestellte, Beamte oder hauptsächlich tätige politische Leiter.«

Nur Arbeiter sind nicht dabei, denn die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die ihre Postenanwärter künftig aus den Adolf-Hitler-Schulen beziehen wird, kann zur Niederknüpfung und Niederhaltung der deutschen Arbeiterschaft gerade Arbeiteröhne am schlechtesten gebrauchen.

Die Mahlmühle

Der Trip in die Welt, die Möglichkeit des Abenteuers muß dem Volke erhalten bleiben, meint die DAZ; es sei von weittragender Wichtigkeit, daß das Herrenvorrecht am Abenteuer von der Odyssee über Parsival bis Hans Grimm, oder, wenn man will, sogar bis Karl May, etwas anderes bedeutet als Träumereien an deutschen Kaminen, deren ganze Generationen entsagen, weil sonst vielleicht ein Examen gefährdet oder die Aufnahme in den zuständigen Berufsverband allzusehr gefährdet werden könnte... Gemeint sind die braunen Organisationsexamina und das Ganze ist nur eine romantische Einleitung zu einem Vorstoß gegen den Organisationsrummel, der den jungen Menschen im Uebermaß nicht bekomme, von den militärischen Organisationen natürlich abgesehen. Im übrigen jedoch sei nur zu wünschen,

daß die von den führenden Männern des Staates immer wieder ausgesprochene Warnung vor der Uebererschätzung der Organisation um ihrer selbst willen von der Jugend und ihren Erziehern richtig verstanden wird. Es handelt sich dabei nicht um die oben erwähnten Formationen, die, wie wir ausführten, gerade hier eine gesunde Wirkung ausüben können, es handelt sich eher um das Gildenwesen der Berufsverbände. Sie haben zum großen Teil ihre gesunde und notwendige Funktion im Leben des Staates. Es wäre jedoch gut, wenn nicht jeder junge Mensch, sei es im praktischen Beruf, sei es als Akademiker, nur auf den Berechtigungsschein blickt, der ihm die Aufnahme in den Berufsverband erlaubt, wenn nicht jeder die natürliche Romantik ersticken würde, um rasch zu einer Versorgung zu kommen.

Das beinhaltet erstens einen Protest der Unternehmer dagegen, daß Leys passive Zwangsorganisationen trotz Streikverbot noch immer den Schein zu wahren suchen, als vertreten sie so etwas wie die Interessen ihrer Mitglieder. Und zweitens drückt sich hier das Leiden aller Kreatur aus, die drüben durch Führergesprenze und Ueberorganisation zerrädert, entmenschlicht und zum willenlosen Herdenvieh degradiert wird.

Genrebildchen

Der Mühlenbesitzer L. aus Odernheim hatte in der letzten Zeit viel auszusetzen. Im April 1936 nämlich, vor genau einem Jahr, als die Futtermittel im Bezirk Odernheim schon genau so knapp waren wie jetzt, wollte es das Unheil, daß ein Wagen dieses Müllers auf irgendeinem Hof neben dem Wagen irgendeines Juden zu stehen kam. Sofort begann ein Geraune und Getuschel in den braunen Kreisen. Der mangelhaft gleichgeschaltete Müller, so hieß es, verkaufe fettes, gutes Sojaschrot an den Juden. Aus dem dem Getuschel wurde ein kleiner Boykott, und schließlich landete die ganze Sache beim Ortsbauernführer, der sie zungen-schnalzend an den Reichsbauernführer weiterleitete. Man untersuchte, schrieb Akten voll, spionierte und klatschte, bis der geplagte Müller — der den Juden kein Soja-

Ludendorff

Die toten Generale stehen auf und beziehen ihr Vorkriegsquartier.

Sie fühlen: nun ist es bald wieder so weit, denn die neue Zeit ist die alte Zeit, und die alte Zeit — das sind wir.

Die toten Generale stehen auf, sie verspielen schon einmal die Schlacht, und nun es zum andern Mal abwärts geht und Deutschland wieder am Abgrund steht, sind sie sporenklirrend erwacht.

Die toten Generale stehen auf, und sie nicken zufrieden Applaus, die Hände der Führer sind wiederum rot. Viel Feind, viel Ehr' und auf's trockene Brot das Liedchen vom Donnergebraus.

Die toten Generale stehen auf, ein modriger, giftiger Spuk.

Sie fühlen: nun ist es bald wieder so weit, die neue Zeit ist die alte Zeit, man begrub uns nicht gründlich genug.

Hugin.

Zelle 18—86

Fertig lag das Werk vor ihm. Er hatte es in Wochen der Qual heruntergeschrieben, wie im Halbtraum. Kaum gegessen, kaum geschlafen. Wie im Fieber hatte er darüber gegessen, indes draußen Tag und Nacht wechselten, Tag und Nacht. Der rote Strom seines Blutes brandete durch alle Seiten.

Seine Freunde saßen davor, wie vor einer anderen lockenden Welt, in der die Gedanken in nackter Unschuld tollten, spielten,

Die beiden Deutschländer

Ein großer Bucherfolg in England und seine Kritik in Deutschland

Der Germanist der Cambridge-Universität W. H. Bruford hat ein Buch geschrieben, das sich betitelt: *Germany in the Eighteenth Century (The Social Background of the Literary Revival)* — Deutschland im achtzehnten Jahrhundert — Der soziale Hintergrund der Erweckung der (klassischen) Literatur. Eine offizielle Angelegenheit der britischen Gelehrsamkeit, was schon allein daraus hervorgeht, daß das Werk von der Cambridge University Press herausgebracht wurde. Obschon ein rein wissenschaftliches Werk hat die Autorensarbeit im Inselreich einen »Bucherfolg« gehabt, der in England bei wissenschaftlichen Werken durchaus nicht üblich ist — so stellt auch die Kritik der von Brufords Untersuchungen nicht gerade begeisterten gleichgeschalteten Literaturpublizistik Hitlerdeutschlands fest.

Warum Brufords Erfolg in seinem Vaterland? Gerade der Durchschnitts-Engländer aller Schichten und aller Parteien versucht das heutige Deutschland, zum Zentralpunkt seiner eigenen politischen Selbstbehauptung geworden, vor allem richtig zu verstehen, um ihm gegenüber eine Politik vertreten zu können, die auf dem Boden der Wirklichkeit — und nicht bloß mehr oder weniger unangelegener Reizgefühle — aufgebaut ist. Dazu verpflichtet den Engländer die Verantwortung für ein »Empire«, die sich ihm immer stellt, wie er sich auch politisch bewegt. Und zum Verständnis aller Realitäten des neudeutschen Monstrums Nationalsozialismus trägt nun Brufords Buch wesentlich für den Engländer bei — mehr, als Unterhausreden es ihm vermitteln können, obwohl der Verfasser das historische Thema mit keinem Satz verlassen hat. Schildert er doch — und gerade auch für unser ehrliches, peinligendes und aufrüttelndes Wissen um dieses unser Land völlig wahrheitsgetreu — wie es eigentlich immer mehrere »Deutschländer«, mindestens zwei, gegeben hat, die Antagonismen aus letzter und tiefster Verwurzelung immer waren — ein tragischer Zwiespalt in unserem nationalen Sein, der allerdings zu Zeiten, wie in jenem Deutschland, in dem Goethe noch lebte, aus seiner Tragik heraus mindestens geistig fruchtbar werden konnte. Jawohl, vielleicht wäre Schiller nie ein Dichter ge-

worden, wenn er nicht auf der Karlschule von den Kommiseseelen gemartert worden wäre! Die Unfähigkeit unseres Bürgertums, zu einer wirklichen politischen Erhebung zu kommen, befähigte wenigstens die Museen! Man mag einwenden, daß jedes Land um die Diskrepanz zwischen Geist und Wirklichkeit in seinem eigenen Wesen genau so fühlt und daß ja auch nicht alle Briten und alle Franzosen identisch mit allen ihren Landsleuten sind. Nur, jeder weiß, daß in Deutschland, das zu keiner politischen Gestalt als dem allgemein anerkannten nationalen Heros aufblicken kann, das Auseinanderfließende im deutschen Wesen selbst das mehr als anderswo Entscheidende war. Nur, wo das war, ist und wahrscheinlich noch auf lange sein wird, kann überhaupt eine so entsetzliche Tragikomödie, wie es Hitlers Gleichschaltung ist, halbwegs ernst genommen werden, ja sogar das einstweilige Ruheklassen einer Nation, die sich selbst nur durch die äußerliche Roßkur zu helfen weiß, bilden, wie es die Hitlersche Gegenwart zeigt.

Das andere Deutschland? So sieht es u. a. mit ganz kritischem Auge der englische Gelehrte: Da ist der Fürst, der Fürst jenes Kleinstaatens, der als solcher schon allen Ausländern als typisch deutsch erscheinen muß, der »eine patriarchalische, mehr oder minder wohlwollende, immer aber äußerst selbstbezogene Herrschaft ausübt«. Da ist der »Adel mit Vorrechten, die zum Beispiel Goethes viel angefochtene Adelserhebung schon allein aus dem Lebenskreise, in dem er sich bewegte, nahe legten, wenn nicht notwendig machten«. Da sind die Bauern, die ihren Bauernkrieg für fünf Jahrhunderte im eigenen Blut verloren hatten und »für deren Hebung aus armer Lage nur einzelne weitausschauende Männer sich ohne großen Erfolg einsetzten«. Da sind die Beamten — oh, vor allem diese Beamten! Nur gerade in Deutschland gibts das; und vergeblich versucht es der Ausländer halbwegs zu verstehen...« Dauernd erfolgten Eingriffe in das Privatleben der Beamten durch die Fürsten. Sie mußten ihre Häuser in bestimmten Stadtvierteln bauen, wie in der Friedrichstadt in Berlin, mit ihm auf die Jagd gehen, Hoffestlichkeiten, die mit erheblichen Kosten verbunden waren, belwoh-

nen und ihre Kinder gegen den Willen in eine Staatsschule schicken. Wie — das sagt freilich Bruford nicht selbst, aber jeder seiner englischen Leser sagt es sich gleichmäßig — hätte Hitler siegen können, eben ohne diese Beamte und diese ihre »Tradition« als Systemkreaturen?!

Bruford erklärt die beiden Deutschland, aber er wertet sie nicht? Oder doch? Verdächtig ist auf jeden Fall die Aufregung und der gar nicht verhehlte Aerger, mit der das Dritte Reich auf ganz schlichte, wenn auch peinigende und aufpeitschende Tatsachen, um die jeder Deutsche nicht, wie der englische Gelehrte aus dem Archiv, sondern aus einem Leben weiß, mit der auf den englischen Bucherfolg reagiert. Was da durch die Sprache einer ernsten sachlichen Historik der Cambridgeger seinen Landsleuten zeigen wollte — alle die absolut reaktionären, wider-natürlichen, im Innersten verderbten Wurzeln, auf denen das Dritte Reich steht — das haben sie erkannt. So ist es die gleichgeschaltete »Literatur« (Märzheft 1937), die darauf hin den folgenden Lufttrieb gegen den englischen Gelehrten führen muß, allerdings damit nur zeigend, wie sehr man sich selbst geprügelt fühlt:

»Zur Erklärung muß man bis in die Kriegsjahre zurückgehen (um Brufords Bucherfolg nämlich zu verstehen. D. R.) Damals wie heute nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialistische Partei sahen sich viele Freunde Deutschlands in Großbritannien vor ein sehr viel tätigeres und wirkungsvolleres Deutschland gestellt, als es ihrem Bilde vom Lande der Denker und Dichter entsprach. Und damals wie heute fanden viele, denen es un bequem war, ihr Weltbild nach den Tatsachen auszurichten, daß es viele Deutschländer gäbe, gewiß aber zwei, das der Philosophen und Musiker und das der Barbaren und Junker oder Hunnen, wie wir damals hießen. Und jetzt sei ebenso eine Unterdrückung der Philosophie festzustellen. Dieses Bild von den »deutschen Ländern« erfreute sich schlagwortartiger Beliebtheit und auch heute noch — oder heute gerade wieder — spukt es in vielen Köpfen, die es am einfachsten fänden, auf eine solche Auffassung ihr politisches Urteil zu gründen.«

Wie ehrlich und voller Selbsterkenntnis man doch sogar in einer Diktatur sein kann! Freilich nur, wenn man sich dermaßen auch ärgern muß...

schrot verkauft hatte — den Ortsbauernführer und die zwei Hauptspitzel wegen Beleidigung verklagte. Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet nunmehr:

»Das Schöffengericht Bad Kreuznach stellte fest, daß die Beklagten nur ihre Pflicht erfüllten und in Wahrung berechtigter Interessen handelten. Die Ehre des einzelnen müsse in einem solchen Falle vor dem Interesse der Allgemeinheit zurücktreten. Die Beklagten wurden freigesprochen.«

und der nicht ganz gleichgeschaltete Müller kann die Anwalts- und Gerichtskosten mit-

samt seinem Boykottschaden auf Konto Volkserneuerung buchen.

Zwangsläufige Freiwilligkeit

»Der Reichsjugendführer hat nach dem Erlaß des Reichsgesetzes der Jugend und den deutschen Eltern verkündet, daß bei der Erfassung der heranwachsenden Jugend auch in Zukunft das Prinzip der Freiwilligkeit beibehalten wird, denn gerade durch diese freiwillige Dienstleistung ist die

Hitlerjugend stark und zur größten Jugendbewegung der Welt geworden.«

(Preußische Ztg. Nr. 81)

»Durch das Staatsjugendgesetz wurde zwangsläufig zur Tatsache, daß jährlich ein bestimmter Jahrgang genau wie später beim Arbeitsdienst und Heer erfaßt werden muß, um in das Deutsche Jungvolk eingegliedert zu werden. Gerade in diesen Tagen ist man dabei, den Jahrgang 1927 der gesamten deutschen Jugend zu erfassen.«

(»Der Westend«, Berlin, Nr. 80)

kämpften. Die Freunde erschrakten. Wie war er dahin gekommen, er, der Leichtbeschwingte, Unbeschwerte, Unproblematische? Er wußte es selbst nicht recht. Die frühere leichte Heiterkeit hatte ihn verlassen, sie war davongegangen, wie ein Sommer sich davonstehlen kann, wenn plötzlich widrige Stürme über die Stoppeln fegen. Die Welt ringsum hatte sich verfärbt, war grau geworden, Menschen um ihn herum verschwanden hinter Mauern und Gittern, Menschen, die er nie widersah, Menschen ohne Schuld. Seine Feder, die so lange eine leichte, heitere Welt beschrieben hatte, lächelnd und unbeschwert — seine Feder wurde rissig, blasig und verstummt, als er eines Tages drakonisch verwarnt wurde. Fremd, fern, eine Lüge schien ihm diese leichte Welt geworden, die er ehemals belächelte, fremd die Menschen, die er geschaffen und die im Flusse des Lebens nicht tiefer gingen, als ein leichter Kahn mit flachem Boden.

Er begann, seine Freunde zu meiden, ging ihnen aus dem Wege. Gehörten sie nicht auch zu dieser farblosen, indifferenten Welt, die er einst gezeichnet und die ihm nun zu grauen Mauern geworden war? Er schloß sich ein, verkapselte sich wie eine lebensmüde Raupe, verfiel in einen langen Traum. Starr und stumm, als hätte sie nie gelebt, lag seine Feder, Monate, Sommer und Winter, ein Jahr. Dann erwachte sie aus Schlaf und Starre, ihr Blut hatte sich so lange gestaut, daß es die Hülle sprengte und wie aus einer Wunde rann.

Es war ein schwerer, schmerzlicher und tiefer Traum gewesen, und er hatte mit der

früheren Welt unseres Mannes so wenig gemein, wie der Mond mit der Venus. Er schrieb es herunter in Wochen der Qual und der Erfüllung. Der lange gehemmte Strom seines Blutes brandete durch hunderte Seiten, die von einer anderen Welt erzählten, Land Irgendwo, Menschheit der Zukunft, Fleisch von unserem Fleisch, aber vom Kainmal erlöst durch Geist und Wahrheit. Kapitalismus, Unterdrückung, Krieg — versunkene Zeiten. Eine Technik, die in ein paar Stunden jeden Planeten zerstörte, wenn sie losgelassen. Diese Menschheit von Irgendwo stößt aus anderen Dimensionen auf die von heute, steht vor dieser staunend, wie wir vor den Leuten der frühesten Steinzeit stehen würden, wenn... Die überraschten Steinzeitler denken in hergebrachter Weise an Ueberfall, Raub, Eroberung des Landes Irgendwo — und sind geschlagen, ehe noch ihre Flugzeuge den Hangar verlassen haben. Die Steinzeitler werden von den Siegern wie Irre behandelt, gepflegt, betreut, mit den X-Strahlen der Antibestialität bestrahlt, und ihr Planet wird zum Naturschutzpark von Irgendwo erklärt. —

Als er die Feder weglegte, war ihm, als sei die Erde unter seinen Füßen davongerollt. Seine Freunde lachen, erschrakten und erkannten ihn nicht wieder. Wer die Blätter in die Hand bekam, las sie in einem Zuge herunter und starrte ringsum in die Gegenwart wie in eine fremde, unerträgliche Vision. Wer es las, schaute aus verzauberten Augen. Der Verleger schrieb ihm: »Großartig, gigantisch, aber ich weiß nicht, ich traue mir nicht.« Und legte das Manuskript der Zensur vor.

Nun brüteten drei Zensoren darüber und sahen sich mit großen Augen an: Wir haben Pech. Ein großer Träumer ist aus dem Schlafe erwacht und bedroht uns durch Geniewerke! Mit der gefährlichen Utopie beginnt — und wie gehts weiter? — Man muß ihm das Schreiben verbieten. — Was heißt verbieten? Wenn er ins Ausland geht, steht dort ein neues Armeekorps gegen uns! Ich höre die Meute schon! — Also bleibt nur eins: eine Kugel ans Bein. — Und die Drei nickten.

Hier könnte die Geschichte abbrechen, zumal der Höhepunkt überschritten ist. Oder scheint das nur so? Unser Mann erhielt eine Einladung und saß über ein Kleines beim Zensor. Der strich seine Flügel unter der Nase und sagte: »Ihr Werk ist nicht unbegabt, aber es dient dem neuen Staate mitnichten. Wo bleibt das Rassistische? Wo der nordische Gedanke? Wo unser tausendjähriges Reich? Wenn die Leute von Irgendwo wenigstens Germanen wären! Wie haben Sie sich das blutmäßige Ahnenerbe der Irgendwer gedacht?«

Unser Mann verstand nicht recht, wußte nicht zu antworten, schwebte in den Wolken seines Leides, sah tief unten das Getriebe von Irrsinn und Grauen und hörte wieder den mit der Fliege: »Sie schrieben doch früher so nette bekömmliche Reiseliteratur, warum sind Sie nicht dabei geblieben? Ihr Denken erscheint uns humanistisch-individualistisch erkrankt, sie sind ein Opfer der verblichenen Demokratie, aber Sie können gerettet werden. Wir wollen Milde walten lassen, wir werden Sie in unserem Dichterlager Num-

Deutsche Schuldämmerung

Zwölfjährige Lehrlinge — siebzehnjährige
Abiturienten.

Der Niedergang des deutschen Schulwesens vollzieht sich in so rasendem Tempo, daß die deutschen Zeitungen mit der Aufzählung aller neuen Abbaumaßnahmen kaum mehr nachkommen. Deshalb — und aus Gründen der Bescheidenheit — wurden in der vergangenen Woche einige weitere Einschränkungen, die eine Balkenüberschrift verdient hätten, mit kurzen, klein gedruckten Notizen abgetan. Die erste dieser Notizen lautet:

»Reichserziehungsminister Rust hat in einem Erlaß vom 22. Februar 1937 Maßnahmen angeordnet, die mit dazu dienen sollen, unserer Jugend die volkspolitisch wünschenswerteste verkürzte Schulausbildung zu ermöglichen. So können nunmehr körperlich und geistig gut entwickelte Schüler und Schülerinnen bei guten Leistungen bereits vor Vollendung der normalen Grundschulzeit von vier Jahren nach Besuch der drei ersten Klassen der Volksschule auf die grundständige höhere Schule übergehen...«

Da in seltenen Ausnahmefällen ein Ueber-springen der letzten Volksschulklasse schon immer möglich war, hätte der Reichserziehungsminister sich den ganzen Erlaß mit dem Wörtchen »nunmehr« schenken können, wenn — ja wenn die Zahl der vorzeitig in die höhere Schule hinüberwechselnden Kinder in Zukunft nicht ungleich höher sein sollte. Während bisher bei den meisten Schulen oft Jahre zu vergehen pflegten, ohne daß eine solche Ausnahme gemacht wurde, sind jetzt bereits Prüfungsausschüsse bestimmt worden, die alljährlich eine ganze Schar von vor der Zeit Versetzten zu examinieren haben. Da gleichzeitig die Zeit in der höheren Schule um ein Jahr verkürzt wurde, werden in Bälde zahlreiche siebzehnjährige Abiturienten freiwillig ins Heer eintreten können. Wenn man hinzunimmt, daß die verbleibende kurze Unterrichtszeit durch den Hitlerjugenddienst noch einmal kräftig verkürzt wird, so kann man verstehen, daß unter der Elternschaft zugegebenermaßen »eine gewisse Besorgnis herrscht.«

Aber dies ist noch nicht alles. Eine weitere Notiz belehrt uns darüber, in welcher Weise die Volksschüler der Segnungen des Schulabbaues teilhaftig werden sollen:

»Nach dem Berufserziehungsplan von Dr. Ley soll das erste Jahr der Berufserziehung schon mit dem siebenten Volksschuljahr zusammengefallen. Wie Günther Kaufmann im »Jungen Deutschland«, der sozialpolitischen Zeitschrift der deutschen Jugend, mitteilt, wird die praktische handwerkliche Erziehung in diesem siebenten Volksschul- und ersten Lehrjahr die Einrichtung von Lehrwerkstätten der DAF in den Volksschulen notwendig machen und zugleich die Mitwirkung der örtlichen Handwerksmeister bedingen. Während heute der junge Mensch nach acht Volksschuljahren unzureichend

Marsch auf Madrid

Madrid ist die größte Stadt Europas. Seit fünf Monaten marschiert Franco in Madrid ein und ist noch nicht einmal über einige Vororte hinaus gekommen...«

(Spanischer Volkswitz.)

Der Hauptschriftleiter der DAZ ist anfangs dieses Jahres bei Franco zu Gast gewesen. Daraus entstand ein Buch und die DAZ druckt ein paar Spalten aus den Aushängen nach. Herr Silex erzählt darin, daß im »nationalen Spanien« das Heer an erster Stelle stehe, militärisch wie politisch:

»Im Rundfunk und in den Zeitungen wird Tag für Tag das Heer als der Retter des Landes herausgestellt. Jeder einzelne soll wissen, daß er alles dem Heere verdankt, sein Leben, seine Arbeitstätte, seine Zukunft. Die nationalen Verbände sollen wissen, daß erst die Tat des Heeres ihnen überhaupt die Möglichkeit gegeben hat, in einem neuen Spanien zu wirken. Die Verehrung des Heeres gehört zu den festen Bestandteilen des täglichen Lebens wie das Anhören der Messe.«

Schon daran ist der typische Offiziersputsch zu erkennen. Der verbrecherische Putsch rollte los, weil das republikanische Spanien drauf und dran war, das unheimlich angeschwollene Offizierskorps zahlenmäßig zu reduzieren und auf das der Armee entsprechende Maß zu bringen. Solche Kleinigkeiten dürfen in Deutschland nicht publiziert werden, Herr Silex gesteht sie aber schamlos mit der Umschreibung: das »rote Spanien« habe nicht genug Verständnis für die Anforderungen der Militärs bewiesen. Eine »Erneuerung« war notwendig und damit der deutsche Untertan über die Heran-

beraten ins Berufsleben trete, sei er nach dem neuen Plan im gleichen Zeitpunkt nicht nur gründlich beraten, sondern er habe bereits zwei Jahre seiner Berufserziehung hinter sich. Eine Verkürzung der Ausbildungszeit und eine zweckmäßige Berufslenkung wären mit einem größeren Gewinn des Jugendlichen für seine Berufslaufbahn verbunden und auch erreicht.

Und — das ist wiederum aus purer Bescheidenheit vergessen worden — die Lehrmeister und Unternehmer sparen die Stunden, die sie ihren Lehrlingen für die Berufsschule freigeben mußten. Mit zwölf Jahren an die Werkbank — Abschluß der eigentlichen Schulzeit im elften Lebensjahr, damit sind die kühnsten Träume aller reaktionären Volkseinde erfüllt: der deutsche Arbeiter wird zur Not rechnen, lesen, schreiben können. Wer mehr lernen will, muß sich in durchwachten Nächten selbst weiterbilden. Aber daß ihm solche Scherze vergehen, dafür werden die braunen und grauen Feldweibel sorgen, die ihn Jahre — und jahrelang — im HJ-Dienst, im SA-Dienst, im Landdienst, im Arbeitsdienst, im Militärdienst — schleifen dürfen. So versuchen die Bedrücker, das ganze Volk auf ihre eigene Bildungstufe herabzuziehen.

Bis es eines Tages zum Ausbruch kam: im Angesicht der Vorgesetzten warf unser Mann sein Werkzeug von sich, riß sich den Drillich vom Leibe und sang wilde Spottlieder gegen Vorgesetzte, Volk und Vaterland, indem er Recht und Freiheit feierte. Zwei Dramaturgen gestanden einander heimlich, es sei die genialste aller Improvisationen gewesen, denen sie je beigewohnt.

Eine Irrenanstalt nahm ihn auf. »Ein unzeitgemäßes Genie«, flüsternten die Aerzte einander zu, »wieder ein unzeitgemäßes Genie. Dasselbe, wie in den Zimmern achtzehn bis sechsundachtzig. Wir werden anbauen müssen...«

Bruna Brandy.

Kunst und Meckereien

Die große Kunst starker Eigenwilligkeit ist für den totalen Staat nicht brauchbar. Wenn der Gedankenflug hoch geht, ist er für Göbbels nicht mehr zu kontrollieren und wird liberalistisch gefährlich. Darum die Parole: Kunst ist, was vom Volke verstanden wird. Aber immer wieder revoltiert der Geist in schwer greifbarer Art. Die »Allg.-Musikzeitung« veröffentlicht einen Artikel Wilhelm Furtwänglers über den großen Musiker Johannes Brahms. Zitieren wir einige Stellen:

»Gerade bei den großen Künstlern sehen wir häufig, daß sich von der Mitte des Lebens ab ihre Stellung zu Umwelt und eigener Kunst langsam zu ändern beginnt. Mit dem Sichbehaupten und dem Sichdurchsetzen, mit der Bewingung der Welt setzt sich zugleich die innere Loslösung von ihr ein und damit die Besinnung auf die wahrhaftigsten und tiefsten Bedürfnisse der eigenen Natur. Und so wird die Bahn frei für das Persönlichste und Allgemeingültig-

ziehung der Soldner und Halbwilden Marokko nicht stolpert, ist eine Legende für den Hausgebrauch vonnöten: da die Kultur in Gefahr war, mußte die Erneuerung von Marokko aus erfolgen.

»Die »Erneuerung von Marokko aus« mußte zum Programm werden, weil die besten Soldaten, Offiziere wie Unteroffiziere, eben den Dienst in Marokko suchten. Nur dort konnten militärische Erfahrungen gesammelt und kriegerische Lorbeeren geerntet werden. Das Wesentliche ist also keineswegs die Tatsache, daß in Marokko eingeborene Soldaten kommandiert wurden, sondern daß hier ein Geist des Heeres entstand, wie er sich in den Heimatgarnisonen nicht entwickeln konnte.«

Weil in den Heimatgarnisonen die Menschen ja über das reaktionäre Gesindel und ihre Motive zu gut Bescheid wußten! Aber die mohammedanischen Moros wußten nichts, sie waren gegen Franco christliche Volksgenossen am besten zu mißbrauchen, sie mordeten aus religiösem Haß. Das ist peinlich, darum muß die marokkanische Rettungslegende gut vernietet werden. Man riecht den Schweiß des Edlen förmlich:

»...diese Soldaten sind nicht als Marokkaner nach Spanien gekommen, sondern eben als Angehörige des »Heeres in Marokko«. Das ist ein Unterschied, der nicht übersehen werden darf. Die »Tercios« der Fremdenlegion und die »Moros« der regulären marokkanischen Divisionen sind von dem besten spanischen Offizier in den Dienst jener Idee der »Erneuerung von Marokko aus« gestellt worden.«

Dieser beste Offizier ist Franco, von dem das Buch gesteht, daß er die Revolte seit langem vorbereitete. Womit es eine an-

Der verjudete Hofstaat

Die Homosexualität und die Kadfahrer.

Einst haben die Nazis in ihren Reihen die Homosexualität durch Ueberbetonung des Maskulinen und Degradierung des Weibes groß gezogen, nun werden sie das Malheur nicht los. Wie also bekämpft man es am besten? Sehr einfach, man bezeichnet es als jüdische Entartung. Das »Schwarze Korps«, das sich immer mehr zum dümmsten Wochenblatt Deutschlands entwickelt, hetzt an die neue Erfindung eine ganze Seite in verquollenstem Deutsch, Kernstück und Resümee:

»Wir können in der historischen Betrachtung der Kunstentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts das Vordringen der Homosexuellen auf dem Gebiet der Kunst und des Kunstschaffens getrost zu dem Kapitel Judenfrage rechnen.

Denn mit der jüdischen Machtergreifung auf dem Gebiete der deutschen Kultur geht auch die Propaganda für den Homosexuellen. Er ist im Rahmen dieser Aktion ein sehr erwünschtes Instrument, denn er stellt, soweit er zu den wirklich Veranlagten gehört, das Asoziale an sich dar. Genau wie der Jude im deutschen Kulturraum auch.«

Das hat aber Hitlers ehemalige Busen-

tere Legende erschlägt, nämlich die von dem angeblich geplanten Kommunistenputsch, mit dem die Francos ihr Verbrechen zu bemänteln suchten. Das Buch hat auch Pech mit dem Titel, es heißt »Der Marsch auf Madrid«. Schon vor vier Monaten wurde die Eroberung der spanischen Hauptstadt täglich im deutschen Rundfunk angekündigt. Das hat man sich vorläufig abgewöhnt, dafür hat der Chef der DAZ heraus gefunden, es sei sogar ein Glück,

»daß der Marsch auf Madrid kein Parade-marsch war. Ein leicht geglückter »Militärputsch«, ein leichter Erfolg hätte Gefahren in sich tragen können. Die wirkliche Aufgabe, nämlich von Grund aus ein neues Spanien zu schaffen, hätte übersehen werden können und dann wäre nach einigen Jahren alles wieder wie zuvor.«

Eines Tages wird auch der verunglückte italienische Parade-marsch zu einem Glück umgedichtet werden. Weil den marokkanischen Putschisten der Pilsudski-Staat vorschwebte, bringt es der tüchtige Verfasser sogar fertig, Franco sozusagen als spanischen Pilsudski hinzustellen, und das läuft schon auf Totenschändung hinaus. Denn der polnische Generalissimus hat Polen nie an auswärtige Mächte verhöckert, hat es nie einer Fremdherrschaft ausgeliefert, hat nie fremde Truppen und fremde Mächte gegen das eigene Volk zu Hilfe gerufen. Im Gegenteil, er hat Polen zunächst einmal von einer Fremdherrschaft befreien helfen. Wir haben gegen Pilsudski manches einzuwenden, aber zu solch elendem Vergleich ist er nicht zu brauchen und solchen Schimpf müssen selbst seine Gegner zurückweisen.

freunde Röhm und Heines, oberste Führer der SA und Hitlerjugend, nicht gehindert, Judenfresser zu sein. Und Gustav Gründgens und Baldur von Schirach — um nur einige der prominentesten Homosexuellenführer des braunen Lagers zu nennen — sind trotz dieser schwulen »Verjudung« noch immer Hitlers Lieblinge und hoch in Amt und Würden.

Mit Bayreuther Gruß!

»Sehr erstaunt sind wir darüber, daß auch die Verwaltung der Bayreuther Bühnenfestspiele glaubt, in ihren Prospekten mit einem Sondergruß aufwarten zu müssen, obwohl doch der Nationalsozialismus das Bayreuther Werk weitgehend ideell gefördert hat. Der Prospekt 1937 ist mit »Bayreuther Gruß« unterschrieben. Wir wünschen aber weder einen Possemuckler noch einen Buxtehuder noch einen Bayreuther Gruß!

Mit dem Gruß-Separatismus wollen wir kräftig aufräumen! Sonst legt sich schließlich noch jedes Dorf und jede Familie einen besonderen Gruß bei!«

(»Der SA-Mann.«)

mer 2 reinigen und häutern. Fluchtversuche sind zwecklos.«

In der Dichterschule herrschte reger Betrieb. Turnen, exerzieren, Handgranaten werfen, Unterricht über den neuen Menschen, den neuen Staat, die neue Kunst, turnen, exerzieren... Unser Mann störte nur im Unterricht, saß verwundert umher, gab auf alle Fragen merkwürdig wirklichkeitsfremde, meckerische Antworten, und was er schrieb, durfte nie verlesen werden. Nach längerem Zusehen wurde er entlassen, weil er die anderen anzusetzen drohte. In seinem Führungsschein stand: Ungeheilt, ungebessert, dem Übungslager 5 zu überwachen.

Dort exerzierten Dramaturgen und Regisseure, die dort lernten, wie man den Gedanken großer Denker ein gleichgeschaltetes Gewand überstreift, wendige Burachen, mit denen unser Mann nichts zu tun hatte, denn er war lediglich dem Hof- und Stubendienst zugeteilt. Schreiben verboten, Fluchtversuche zwecklos, geheime Ueberwachung.

Er versuchte Denken und Träumen abzuwürgen. Das gelang nur, wenn er Holz hackte oder das Haus säuberte. Aber in den Freistunden oder des Nachts im Schlafsaal überwältigten ihn Gesichte, Ideen, Gestalten. Feder und Papier wurden ihm entrissen. Ab und zu mußte er wegen unverbesserlichem Hang zum Dichten mit Karzer und Kostentziehung bestraft werden. »Noch einmal, und wir machen dir den Prozeß wegen geistigen Hochverrats«, drohte der Kommandant. »Dichte aufbauend und du kannst ein zweiter Johat werden, der ja einst auch so krank war wie du!«

ste, was solche Männer zu sagen haben. Es ist dasselbe, ob wir Goethe oder Rembrandt, ob wir Bach oder Beethoven daraufhin ins Auge fassen. Verbunden damit ist eine wachsende Entfremdung der Umwelt gegenüber, ein Einsamwerden, ein Hinauswachsen über die eigene Zeit.«

Aber das sollen sie nicht, sie sollen hineinwachsen in die »Volksgemeinschaft« des despotischen Staates. Und was soll folgendes heißen:

»Nicht der Grad der »Kühnheit« der Neuheit des Gesagten vom entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt, sondern der Grad der inneren Notwendigkeit, der Menschlichkeit, der Ausdrucksgewalt ist Maßstab für Bedeutung eines Kunstwerks.«

Hier schüttelt der braune Bonze die Perücke, denn das übersteigt sein Begriffsvermögen und er fühlt dunkel: dies ist individualistische Meckerei. Gleichschalttrige rächen sich für die verbotene Kunstkritik, indem sie solche Artikel nachdrucken, ein Blatt sogar mit der Ueberschrift: Eine zeitgemäße Betrachtung. Die »Frankfurter Zeitung« gar benützt eine Berliner Aufführung, die einen umgedichteten Faust brachte, zu folgendem Mißbrauch Goethes:

»Goethe selbst dachte, wie man weiß über seine Aussichten, volkstümlich zu wirken, recht gering. »Meine Sachen können nicht populär werden,« so lautet sein berühmter Ausspruch zu Eckermann, »wer daran denkt und dafür strebt, ist in einem Irrtum. Sie sind nicht für die Masse geschrieben, sondern nur für einzelne Menschen, die etwas Ähnliches wollen und suchen und die in ähnlichen Richtungen begriffen sind.«

»So können solche Veranstaltungen als praktischer Aufruf zur Erwerbung Goethes

wirken, im Sinne seines eignen Spruchs: »Natürlich mit Verstand / Sei du beflissen. Was der Geheite weiß, / Ist schwer zu wissen.«

Es steht schlimm um einen Staat, wenn die Größten immer wieder gegen ihn, seine Thesen und seine Knebelung des Geistes aufstehen, indes der Bonze dem Treiben zähneknirschend zuschauen muß.

Retter der Kultur

Diesseits und jenseits der Alpen werden jetzt gern italienisch-deutsche Freundschaftsvorträge veranstaltet. In Berlin sprach Prof. Manacorda (von der Universität Florenz) über das Thema Bolschewismus. Der Schluß offenbart das ganze entsetzliche Niveau dieser Sorte Wissenschaft. Wir zitieren das Deutsche Nachrichtenbüro:

»Kunst und Literatur im Sowjetstaat folgten naturgemäß der Revolution der Wirtschaft. Sie atmen in den Pausen der Revolution und sie ersticken in den Zeiten erbarmungsloser Gewalt. Diesem Rußland mit seiner atemberaubende grauen Einförmigkeit, der jede Freude, jedes Licht fremd ist, steht die Front Deutschland und Italiens gegenüber als ein Bollwerk aller Werke, die seit Menschengedenken unbestreitbar das Mark der westlichen Kultur sind und ihr Weltgeltung verliehen.«

Man muß ihnen zugeben: Mit Maulkorb und Knute als Hüter der Freiheit und der demokratischen Kultur des Westens aufzutreten — diese Verlogenheit hat ihnen noch niemand vorgemacht und macht ihnen niemand nach.

Vom deutschen Sozialismus zum gelben Werkverein

Betriebsordnung — Werkszeitung — Blumen als Arbeitereigentum

Je mehr durch Lohnabbau und Senkung des Lebensstandards der breiten Massen die Spannungen zwischen dem Nazi-Regime und der Arbeiterschaft zunehmen, desto intensiver wird die Agitation wieder einmal in die Betriebe verlegt. Die neuen Mittel der Arbeitererziehung sind indes alles andere als imponierend geworden. Was ist in vier Jahren Hitler-Deutschland aus der »antikapitalistischen Front« und aus dem herrlichen »Deutschen Sozialismus« geworden? Die »Brechung der Zinsknechtschaft« stand einst im Mittelpunkt des Nazi-Programms, und in einer Erklärung hieß es u. a.:

»In Zinsknechtschaft befindet sich der Arbeiter, der in den Fabriken und Werkstätten Werte erzeugt für kargen Lohn, während der Aktionär — ohne Mühe und Arbeit — Zinsen, Tantiemen und Dividenden bezieht.«

An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert, höchstens das die Dividenden gestiegen und die Löhne gefallen sind. Aber über diesen Teil des Programms darf nicht mehr geredet werden. Vor dem 30. Januar 1933 erklärten die Nazis zur Lohnfrage wörtlich:

»Daß die Meinung, durch Lohnabbau einen Preisabbau erreichen und die Wirtschaft beleben zu wollen, völlig widersinnig sei und daß es ganz andere und wirklich wirksame Mittel gäbe, um Preisabbau und Belebung der Wirtschaft zu erreichen, nämlich die Brechung der Herrschaft der internationalen Banken.«

Heute wird die Niedrighaltung der Löhne als nationale Pflicht erklärt. Von den anderen Programmpunkten, wie »Verstaatlichung des Trustkapitals« und »Unentgeltliche Enteignung des Bodens für gemeinnützige Zwecke« ist schon gar nicht mehr die Rede. Die gegenwärtige Unzufriedenheit der Belegschaften soll nach gänzlich anderen Methoden gemildert werden. Es sind freilich die ältesten Walzen der gelben Werkvereine, die im Jahre 1937 wieder abrollen. »Zur Förderung des Dienstes an der engeren Betriebsgemeinschaft« hat die Reichspressekammer eine Anordnung über Werkszeitschriften erlassen, mit der die »Aufklärung« der Arbeiter den »alten Kämpfern«, die einmal an das Nazi-Programm geglaubt hatten, völlig aus der Hand genommen und restlos den Unternehmern anvertraut worden ist. Der Betriebsführer trägt ausschließlich die Verantwortung für Herausgabe und Inhalt der Werkszeitung. Der Betriebsführer bestimmt selbstverständlich auch den Redakteur. Um eine Ahnung davon zu bekommen, was die deutschen Arbeiter heute an solcher Werksliteratur über sich ergehen lassen müssen, genügt es, einen Blick in die Siemens-Blätter zu werfen. Es gibt dort »Nachrichten der Kameradschaft« und »Siemens-Mitteilungen«. Die Januar-Ausgabe 1937 der Mitteilungen bringt auf der Titelseite einige altdeutsche Weihnachtsbilder, einen schwebenden Engel und folgende Umschrift:

»Mit Freude schaffen, das ist deutscher Brauch
So war's im alten Jahr, so sei's im neuen auch!«

Der Inhalt sieht so aus: Einige Unfallverhütungsmahnungen, Siemens auf der Meese in Rio de Janeiro, Verleihung des Leistungsabzeichens an die Firma, die Hauptteile einer Dynamomaschine, Glückwunsch zum Geburtstag des Geheimrats Reichel, Jubiläums- und Todesnachrichten, Benennung eines Ortsteils von Ratibor in »Ratibor-Siemense«, Rückblick auf das Weihnachtsfest, Schwarzes Brett für Wohnungen und leere Zimmer, Siemens Feuermeldetechnik in der Schweiz, Ortsgruppe »Siemens« der Technischen Nothilfe, Jubiläum im Nürnberger Werk, Deutsches Volkbildungswerk oder Freizeitdrill »Kraft durch Freude«. Die zahlreichen Reklambilder von Siemens und die Bilder der Bonzen ändern nichts daran, daß dieses Blatt noch stumpfsinniger ist, als es einst die Werkszeitschriften in der Vorkriegszeit waren.

Die Mitteilungen vom Dezember 1936 berichten über einen Generalappell der DAF-Siemensstadt, auf dem der hohe Chef C. F. von Siemens als guter alter Liberaler einige freundliche Worte auf den »Führer« sprach. Der Abend erreichte seinen »Höhepunkt« in einer Rede des Stabsobmannes Hupfauer. Er feierte die »Gemeinschaft« der Arbeiter mit Herrn von Siemens als wertvollste Kapital, das wir in der Hand haben.

Diese gelben Werksblättchen müssen die Arbeiter allmonatlich in die Hand nehmen, um den Segen der braunen Betriebsgemeinschaft zu begreifen. Damit ist die Deutsche Arbeitsfront auf das tiefste Niveau der einstigen gelben Werkvereinsbewegung gesunken. Wie wenig die Unternehmer sich um

den »sozialen Frieden« des Dritten Reiches kümmern, dafür nur einige Beispiele aus letzter Zeit, die den Berichten der »Deutschen Arbeits-Korrespondenz« entstammen.

Die Göringsche Aufforderung, die arbeitslosen älteren Angestellten wieder einzustellen, hat mit einem Fiasko geendet. Die DAK schreibt:

»Soweit jetzt schon zu übersehen ist, hat die Wirtschaft von der letzten Möglichkeit, von sich aus freiwillig mitzuhelfen, leider nur wenig Gebrauch gemacht. Man darf nicht vergessen, daß wir noch 70.000 bis 80.000 ältere Angestellte ohne Arbeit haben.«

An anderer Stelle wird mitgeteilt, daß noch immer offene und geheime Konkurrenzklauseln bestehen:

»Wie aus den bekannt gewordenen Fällen zu ersehen ist, handelt es sich zumeist um einen groben Verstoß gegen die guten Sitten... Denn die Praxis hat ergeben, daß die betreffenden Unternehmer nur mit Erwerbslosen (gibt es denn noch welche? D. R.) solche Vereinbarungen getroffen haben, die natürlich aus Angst vor weiterer Erwerbslosigkeit bedingungslos unterschrieben.«

In gleicher Weise wird von geheimen Unternehmerabkommen berichtet,

»und zwar mit der Vereinbarung, daß solche Gefolgschaftsmitglieder, die von einem Unternehmer des Geheimabkommens entlassen sind, von den anderen Mitgliedern nicht mehr beschäftigt werden dürfen.«

Aber schließlich gibt es ja noch Betriebsordnungen, in denen sich die Betriebsgemeinschaft in echter Weise auswirken kann. Dazu schreibt der »Grundstein«, er habe folgende Betriebsordnung entdeckt:

1. Arbeitszeit von 7 bis 16 Uhr
2. Ueberstunden dürfen nicht geleistet werden, da solche nach dem Reichsgesetz verboten sind.
3. Das Rauchen im Betriebe ist polizeilich verboten. Bei Zuwiderhandlungen droht sofortige Entlassung.
4. Im Aufenthaltsraum dürfen Fahrräder oder Gerümpel nicht eingestellt werden.

In guter Kenntnis der Verhältnisse leistet sich der »Grundstein« die folgende »scherzhafte« Fortsetzung dieser Betriebsordnung im Baugewerbe.

5. Lohnzahlungen gehören im Betriebe nicht zu den Verpflichtungen des Betriebsführers, sondern sind seinem freien Ermessen anheimgestellt.
6. Hinsichtlich des Urlaubs wird bestimmt, daß der Betriebsführer höchstens acht Wochen nach Nordernney fahren darf.

Von Görings Plan-Galeere

Ueber drei Millionen Versklavter

Im letzten »Reichsarbeitsblatt« beziffert jetzt der Präsident des Reichsarbeitsamtes, Syrup, die Zahl derjenigen deutschen Arbeiter und Angestellten, die durch die neue Göringverfügung auf Aufhebung des letzten Restes von Freizügigkeit für alle in der deutschen Metallindustrie zur Zeit Beschäftigten auf »über drei Millionen«... An dieser Ziffer, die selbst für deutsche statistisch-arithmetische Verhältnisse enorm ist, erkennt man die außerordentlich einschneidende Wirkung dieser durchaus folgerichtigen und unausbleiblichen Lebensäußerung der »totalen« deutschen Kriegswirtschaft auf die Daseinsbedingungen derjenigen, die in ihr leben und sich ihren Broterwerb sichern müssen. Aber auch das wird hier sichtbar — und zwar in geradezu monströser Form —, wie das Kriegführen, auch wenn vorerst nur in der »Theorie« und im Vorstadium, die Umwertung jeden bisher selbstverständlichen Rechtszustandes bis in den entlegensten Landeswinkel hinein bedeutet. Fest steht auf jeden Fall, daß heute ungefähr jeder zehnte erwachsene Deutsche im wichtigsten Daseinskreis, im Erwerbsleben, Bedingungen unterstellt ist, denen gegenüber feudale Hörigkeitsverhältnisse und Geindeordnungen, antike Sklaverei-Normen mit mannigfachen geschriebenen und ungeschriebenen Äquivalenten für die Betroffenen, immer noch als humanitäre Institutionen und Gegebenheiten gelten können.

Der ganze Zynismus, der in der Kriegspychose der »oberen« Regierenden nunmehr nicht nur mehr allein den Soldaten an der Front, sondern auch jeden halbwegs Brauchbaren im Hinterland als »Material«, und nichts anderes, wertet, kommt in den jetzt amtlich eingestandenen Bedingungen und »Vorschriften« zutage, nach denen, wie Göring es dekretiert hat, vom 1. März d. J. ab »die Arbeitsämter die Genehmigung zum Arbeitsplatzwechsel zu versagen« haben. Unter diesen »Vorschriften« wird aufgezählt:

»Beeinträchtigung der staats- und wirtschaftspolitischen Aufgaben,
Störung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes und der Zusammensetzung der Betriebsgemeinschaft,
unnötige Belastung der beteiligten Gemeinden aus dem Abgang des Arbeitnehmers...«

Natürlich — dieses Deutschland des Kadavergehorsams und des terroristischen Zwanges kann nur einen Krieg halbwegs führen, wenn es seine »Großen«, vor allem die Schlotbarone, bei bester Laune erhält! Krieg — schön! Aber verdienen — noch schöner! Also garantiert ihnen die staatliche Macht die »Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe« in jedem Falle, indem sie einfach die dazu gehörigen Menschen zu fixen Preisen an die Kriegsgewinnler einer nicht allzu fernen Zukunft jetzt schon verkauft! Verkauft — gar nicht anders etwa, wie vielleicht Banden oder Schwellen auch »abgegeben« werden können! Man braucht nur die einzelnen, sicherlich sorgfältig gewählten Begriffsdefinitionen der »Vorschriften« genügend

aufmerksam zu lesen. Was heißt: »Staats- und wirtschaftspolitische Aufgaben«? Wann ist eine »unnötige« Belastung der Gemeinde durch einen Arbeiter, der von einem Recht Gebrauch machen will, das sein Urgroßvater schon zu Zeiten des preußischen Vormärz besaß, gegeben? Ein kleiner Machiavelli des »deutschen Sozialismus« in Hitlers und Görings kriegswirtschaftlichem Generalstab hat hier mit schön-und-verkennbarer Absicht so dehnbaren Begriffskautschuk aufgetragen, daß alles völlig der Willkür des Blittels anheimgegeben ist. Mit diesen »Vorschriften« ist es möglich, eine ganze Nation (die »oberen« Hunderttausend ausgenommen) zu Feilsachen zu machen!

Das ist so abenteuerlich verwegen und so ausschweifend zynisch, daß es selbst den Reptilien in der braunen Presse graut, die das Dritte Reich durch Einschlichterung und Tritte in die Magengegend in Kaltblütler besonderer Art verwandelt hat. Dämmert ihnen vielleicht doch in der intellektuellen Sonnenfinsternis des Hitlerschen »Aufbruches der Nation« die dumpfe Erinnerung daran herauf, wie es Anno 1917 und 1918 war und wie es damals auch so und nicht anders kommen mußte? War es nicht so, daß die ersten revolutionären Zuckungen durch den kriegsausgebluteten Körper des wilhelminischen Deutschland gingen, als man die Metallarbeiter Deutschlands öffentlich als »Hundsfothe« ansprach, weil sie sich gegen ein »Kriegshilfsdienstgesetz« sträubten und stemmten, das eigentlich nur ein sehr viel harmloserer Vorläufer — in Einzelheiten freilich das genaue Muster — des jetzigen Göringschen Industriesultanates war?

Die »Frankfurter Zeitung« riskiert einen ganzen Leitartikel an die bange Frage, ob das, was jetzt für die deutschen Metallproleten eingeführt ist, nicht Gefahr laufe, anlockend und zur Nachahmung anreizend auch für alle anderen, bisher noch nicht betroffenen Erwerbszweige zu wirken. »Facharbeitermangel« — nun ja, aber welcher geschickte Unternehmersyndikus, der gute Verbindungen zu »alten Kämpfern« in den Behörden hat, kann ihn nicht flugs auf dem Papier auch konstruieren, wenn es gewünscht wird?! Verschoben und windschief sind ja sowieso alle Zahlen und Ziffern dieses Wolkenkratzers deutscher Rüstungskonjunktur. Man tut dann dort noch ein Übriges und ringt verstoßen die Hände darüber, wie jetzt den Tüchtigen in der Metallindustrie doch der sogenannte »Aufstieg der Begabten« eigentlich versperrt werde durch die Göring-Verfügung. Als wenn wirklich nur Ober- und Diplomingenieure verhindert würden, Stargelöhner zu verdienen?! Von den drei Millionen »unbekanntere« Ingenieure im blauen Arbeitskittel, die auch betroffen sind — und nicht nur in bezug auf ihren Urlaub an der Riviera, sondern in bezug auf den Belag auf ihrer harten Brotschneide — kein einziges Wort!

7. Bei Krankheitsfällen sollen die Gefolgschaften fleißig Kamillentee trinken.
8. Falls Notfälle in der Familie eines Gefolgschaftsmannes eintreten, soll er den nächsten Feuermelder einschlagen.
9. Kameradschaftsabende gelten als Eingriff in die Wirtschaft und sind deshalb strengstens verboten.
10. Leistungszulagen sind in der Arbeitsgenehmigung nicht enthalten.
11. Die Titulierung »Schweinehund« ist nicht wörtlich zu nehmen, denn sie bedeutet eigentlich »Mein liebes Kind«, Anzeigen wegen Verletzung der sozialen Ehre sind also zwecklos.«

Da der »Grundstein« seine »Volksgenossen-Betriebsführer« im Baugewerbe kennen muß, so haben wir dieser Selbstverhöhung nichts hinzuzufügen.

Aber es gibt im Dritten Reich auch noch Betriebsführer, die »ein offenes Herz und eine offene Hand« haben. Die DAK kennt einen solchen, der wußte, daß Blumen am meisten Freude machen. Dieser Betriebsführer kaufte Blumen und es geschah folgendes:

»Also stellte er die freundlichen Gewächse nicht wahllos in die Fenster, sondern rief seine Gefolgschaft zusammen und gab bekannt, daß jeder einige Blumen für sein Arbeitsfenster zu billigem Preis als Eigentum erwerben könne... Die Fabrik sah fortan aus wie ein Schmuckkästchen und die Arbeit macht um so mehr Spaß.«

Späß muß sein — so denken auch die Arbeiter, wenn sie Werkszeitungen in die Hand gedrückt bekommen und darin von der Volksgemeinschaft lesen.

Die »Soziale Praxis« aber möchte den uniformierten Herren und Geblättern im neudeutschen Kriegsolymp gut zureden, daß es sich doch hoffentlich bei dieser aufregenden Angelegenheit nur um einen »vorübergehenden Notstand« handele... »Vorübergehend« — das ist artig gesagt, wo doch das Eigentliche, worum es bei der Affäre geht, noch gar nicht begonnen hat! Den deutschen Militaristen möchten wir sehen, der jemals das, wofür er die Kraft und den Lebensstandard der Nation verschleien möchte — der insbesondere seinen eigenen Geisteszustand als »vorübergehend« betrachtete! Und vor allem — sieht nicht das auch der »Sozialen Praxis« nun übermächte »nationalsozialistische« Gedankengut« den Kreis als den normalen, den einzig wünschenswerten, den mit allen Mitteln zu erzeugenden und zu erstrebenden Status des menschlichen Nebeneinanders an!? Es könnten allerdings die drei Millionen deutscher Arbeiter, zu denen dann sicherlich noch manche weitere Millionen hinzustoßen könnte, einmal für das »Vorübergehende« der Angelegenheit zu ihrer eigenen Rettung und der der europäischen Menschheit (sicherlich freilich gegen den Willen dieser »Sozialen Praxis«), wenn die Stunde kommt, sorgen... H. E.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.607. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts«, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.